

**Gesamtresolution von
„Jugend im Parlament 2018“**

1 **Stadtentwicklungsausschuss**

2 **Wie können wir bezahlbaren Wohnraum und eine funktionierende Mietpreisbremse in** 3 **Hamburg schaffen?**

4

5 Sehr geehrte Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft,

6 im Rahmen des Planspiels „Jugend im Parlament 2018“ haben wir den Ausschuss
7 Stadtentwicklung gebildet, mit den Schwerpunkten auf dem Bezahlbaren Wohnraum,
8 nachhaltiger Wohnungsbau und der Mietpreisbremse. Wir haben uns durch Recherchen und
9 Diskussionen mit Abgeordneten verschiedener Parteien ein Bild der aktuellen Lage des
10 Hamburger Wohnungsmarktes verschafft.

11 Dabei kristallisierte sich heraus, dass die Hauptprobleme besonders der Wohnungsmangel
12 und die daraus resultierende Mietsteigerung sind. An diesen Punkt sollte bereits die
13 verabschiedete Mietpreisbremse greifen und die Mietsteigerungen kontrollieren. Es hat sich
14 aber herausgestellt, dass diese aktuell nicht ihre erhoffte Wirkung erzielt. Ebenso empfanden
15 wir die aktuelle Lage der sozialen Vermischung in den Stadtteilen als ungleich. Dies nahmen
16 wir ebenfalls als Ansatzpunkt für unsere Diskussionen.

17 Hamburg hat aktuelle circa 1,8 Millionen Einwohner/innen und dies ist im stätigen
18 Wachstum. Man geht davon aus, dass man bis zum Jahre 2030 die Zwei- Millionen Marke
19 erreicht (vgl. Senatskanzlei Hamburg, 2018). Da kommt natürlich die Frage auf, wo die
20 ganzen Einwohner/innen hinsollen. Es herrscht bereits heute schon ein akuter
21 Wohnungsmangel. Und mit den teilweise daraus resultierenden unbezahlbar steigenden
22 Mietpreisen, schließt sich der Teufelskreis für die Hamburger Bürger/innen. Mit einem
23 Wohnungsbestand von circa 970.000 Wohneinheiten in Hamburg ist klar, dass hier deutlich
24 mehr geschaffen werden müssen vor allem in Hinsicht darauf, dass circa 52% der Haushalte
25 von Singles bewohnt werden (vgl. Statistikamt Nord, 2018)

26

27

Mietpreisbremse

28 Im Rahmen unseren Recherchen und Erfahrungen haben wir bemerkt, dass die Preise der
29 Wohnungen in Hamburg erheblich gestiegen sind. Es zeigt, dass Hamburg attraktiver wird
30 aber auch einige Probleme hat. Wir denken, dass das Mietproblem in Zukunft noch größer
31 werden wird.

32 Die Mietpreisbremse ist ein Thema, dass viele Bürger/innen, aber auch die Medien und
33 besonders die Politik beschäftigt. Hamburg ist eine attraktive Stadt für Studenten und hat
34 daher auch im Umland viel Zuwachs und daher auch steigende Mieten. Im Folgenden
35 erläutern wir unsere konkreten Forderungen zur Lage der Mietpreisbremse.

36 Verpflichtung zur Offenlegung der Vormiete:

37 In Hamburg muss der/ die Vermieter/in derzeit die Mietkosten des/der Vermieters/in
38 offenlegen. Dies passiert jedoch nur in den seltensten Fällen, da dies noch nicht rechtlich
39 durchzusetzen ist.

40 Die Stadt Hamburg sollte ein Gesetz verabschieden, welches die rechtliche Durchsetzung
41 schafft, sodass der/die Vermieter/in die Mietkosten einer Wohnung offenlegen muss. Sobald

42 der Wohnsitz umgemeldet wird, müssen beim Einwohnermeldeamt die aktuellen Ausgaben
43 für die Kaltmiete aus dem Mietvertrag angegeben werden. Diese werden in einem Register
44 gespeichert, sodass die Durchschnittsmiete in einer Straße oder in einem Wohngebiet
45 errechnet werden kann. So können einzelne Mieter/innen erfahren, ob sie zu viel Miete
46 zahlen. Der/die Mieter/in kann so versuchen eine geringere Miete durchzusetzen. Ebenso
47 kann die Stadt die Vermieter/innen herausfiltern, die zu hohe Mieten fordern und diese
48 abmahnen. Sollte der/die Vermieter/in nach drei Mahnungen nicht handeln, sollen
49 Sanktionen erlassen werden.

50 **Genossenschaften:**

51 In sämtlichen Gesprächen mit unseren Gästen aus der Bürgerschaft wurde positiv über
52 Genossenschaften berichtet. Diese bieten zahlreiche Vorteile, da
53 Wohnungsbaugenossenschaften dem privaten Wohnungsmarkt entzogen sind und nicht auf
54 Rendite abzielen, aber dennoch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Belange
55 fördern. Daher fordern wir, dass Genossenschaften vom Staat unterstützt werden, in dem
56 diese von den Ämtern und der SAGA empfohlen und beworben werden.

57 **Mietpreisbremse**

58 Um einen Kompromiss aller Meinungen zu schließen, schlagen wir vor, einen Antrag, um
59 den Mietpreis zu begrenzen. Die ständige Inflation sollte nicht mehr andauern. Der
60 Kompromiss könnte eine Steigerung in Höhe von 2% der heutigen Mietpreise sein, um die
61 Eigentümer/innen zu befriedigen. Aber dies sichert im Umkehrschluss stabile Mietpreise, um
62 Student/innen und Mieter/innen zufriedenzustellen.

63 **Mehr Wohnungsangebote**

64 Es gab in der Gruppe eine Minderheit, die die Mietpreisbremse generell ablehnt. Als
65 Alternative, soll die Antwort auf die steigende Nachfrage nicht eine Begrenzung sein,
66 sondern die Inverstition in den Ausbau des Angebotes. Hierbei soll Hamburg weitere
67 finanzielle Mittel vom Bund fordern, um den sozialen Wohnungsbau, aber auch
68 Eigentumswohnungen zu fördern. Dadurch wird es mehr Konkurrenz auf dem
69 Immobilienmarkt geben und die Mieten werden durch den Markt geregelt sinken.

70 Die Grunderwerbsteuer soll gesenkt werden, sodass es auch für private Unternehmen
71 attraktiver wird, Wohnraum zu schaffen.

72

73 **Sozialer Wohnungsbau**

74 40% der Hamburger/innen haben einen Anspruch auf Sozialwohnungen. Vergleicht man
75 diese Angabe mit der bestehenden Anzahl von Sozialwohnungen in Hamburg (Stand 2017:
76 78.779), wird der Mangel an verfügbarem Wohnraum deutlich sichtbar.
77 Aus diesem Grund setzen wir uns dafür ein, den sozialen Wohnungsbau noch stärker zu
78 fördern. Nachfolgend machen wir unsere Forderungen durch verschiedene Lösungsansätze
79 deutlich.

80

81

82 **Mehr Sozialwohnungen**

83 In Hamburg wird der Wohnungsmarkt der steigenden Nachfrage nicht gerecht, da zu wenige
84 bzw. zu teure Wohnungen angeboten werden. Zudem sind 50% der Hamburger/innen
85 alleinlebend. Viele Wohnungen in Hamburg sind zu groß und daher meist zu teuer. Aufgrund
86 dessen wollen wir uns dafür einsetzen, dass staatliche Neubauten singlefreundlicher
87 zugeschnitten werden, indem ein Teil der Neubauten die 50 Quadratmeter nicht
88 überschreiten.

89 Außerdem ist bekannt, dass genügend verfügbare Wohnungen in den Randbezirken
90 Hamburgs existieren. Der Wohnungsmangel besteht vor allem in der Innenstadt von
91 Hamburg, daher sehen wir es als sinnvoll an, den ÖPNV deutlich stärker auszubauen um
92 auch Randbezirke attraktiver zu gestalten.

93 Um den sozialen Wohnungsbau attraktiver für Vermieter/innen zu gestalten, sollten auch
94 diese Förderungen vom Staat erhalten können, um das Angebot von Sozialwohnungen zu
95 unterstützen.

96 **„Drittmix“-Politik in Hamburg**

97 Wir unterstützen den Grundsatz der „Drittmix“-Politik des Hamburger Senats, sehen aber
98 Handlungsbedarf bei der räumlichen Begrenzung und bei der genauen Quotierung.

99 Wir fordern für Neubauprojekte einen höheren Anteil an Sozialwohnungen als bisher. Künftig
100 soll ihr Anteil auf 40% der neugebauten Wohnungen steigen. Damit einhergehend werden
101 die Anteile der privat finanzierten Wohnungen und Eigentumswohnungen auf jeweils 30%
102 sinken. Diese Quoten sollen zusätzlich nicht mehr pro Bezirk, sondern stadtteilbezogen
103 gelten, um die soziale Durchmischung der Quartiere anzuregen. Dies führt aus unserer Sicht
104 sowohl zu besseren Lebensbedingungen und mehr kulturellem Austausch als auch zu
105 weniger Stigmatisierung und Ausgrenzung innerhalb der Gesellschaft

106 **Wohnraum für Studenten und Azubis**

107 ➤ Studenten- und Azubiwohnheime

108

109 Studenten- und Azubiwohnheime sind wichtige Wohnräume. Es ist wichtig diese zu
110 unterstützen und zu fördern, damit mehr Sozialwohnungen zur Verfügung stehen. Insgesamt
111 gibt es in etwa 150.000 Studenten/innen und Azubis/innen in Hamburg, welche auf Dauer
112 günstige Wohnungen benötigen. In Anlehnung an das Studentenwohnheim in Harburg und
113 das Azubiwohnheim in Wandsbek sehen wir es als wichtig an, freistehende und unbewohnte
114 Gebäude in Hamburg noch effizienter zu nutzen, um sie beispielsweise als Studenten- oder
115 Azubiwohnheime anzubieten.

116

117 ➤ WG-Leben fördern

118

119 Viele Wohnungen in Hamburg sind gemessen an der Quadratmeterzahl zu groß für
120 Singlehaushalte. Unser Lösungsansatz wäre es daher, diese großen Wohnungen als
121 Wohngemeinschaften zu nutzen. Des Weiteren sollte es auch die Möglichkeit geben,
122 Wohngemeinschaften im Rahmen von Sozialwohnungen zu gründen. Vielen wird es
123 verwehrt, solch eine Wohngemeinschaft mit einem Wohnberechtigungsschein (§5-Schein) zu
124 gründen. Daher sehen wir es als wichtig an, auch für Bedarfsgemeinschaften §5-Scheine

125 auszustellen.
126

127 ➤ Zusammenwohnen von Alt und Jung

128

129 Eine gute Möglichkeit weiteren Wohnraum zu schaffen ist das Zusammenleben zwischen Alt
130 und Jung bzw. mit behinderten Menschen. Als Beispiel dafür nennen wir das Projekt in der
131 Hafencity („HafenCity: Inklusiv statt exklusiv“)

132 Wichtige Vorteile dieses Projektes sind günstige Mieten, gute Übergangslösungen für junge
133 Menschen, Hilfe für alte bzw. behinderte Menschen sowie leichtere Möglichkeiten an
134 Wohnraum zu kommen. Dieses Projekt sollte noch viel mehr unterstützt werden und
135 ausgeweitet werden, damit mehr Menschen erreicht werden und diese Möglichkeit nutzen
136 können.

137 Eine Möglichkeit ist es, junge Menschen durch Werbeaushänge in Hochschulen und
138 Universitäten auf das Projekt aufmerksam zu machen. Außerdem sollte man die sozialen
139 Medien viel mehr nutzen, da junge Menschen gerade auf dieses Medium zurückgreifen und
140 vor allem auf diesen Plattformen am besten zu erreichen sind.

141

142 **Anpassung von öffentlich gefördertem Wohnraum**

143 Zurzeit besitzen öffentlich geförderte Wohnungen ihren Status nur mindestens 15 Jahre nach
144 dem Bau. Das ist mit ein Grund dafür, dass es in Hamburg zu wenig öffentlich geförderte
145 Wohnungen gibt.

146 In Anlehnung an Nordrhein-Westfalen fordern wir, diese Belegungsbindung auf einheitlich 30
147 Jahre anzuheben.

148 Eine weitere Möglichkeit dieses Ziel zu erreichen, sehen wir in einer nachträglichen
149 Deklaration bestehender und freier Mietwohnungen zu öffentlich geförderten Wohnungen.
150 Dies bedeutet, dass eine frei werdende Wohnung mit passenden Maßen einer
151 Genossenschaft vom freien Wohnungsmarkt zu einer öffentlich geförderten Wohnung
152 werden kann. Wir sind der Meinung, dass nicht nur öffentlich geförderte Wohnungen gebaut
153 werden müssen, denn auch schon bestehende Wohnungen können neu genutzt werden.
154 Langfristig und kurzfristig betrachtet schafft man so mehr verfügbaren sozialen
155 Wohnungsraum.

156

157 **Nachhaltiger Wohnungsbau**

158 Das mehr Wohnungen gebaut werden müssen, darin sind wir uns alle einig. Aber wie soll
159 dieser Neubau gestaltet werden? Dazu hat sich der Stadtentwicklungsausschuss einige
160 Gedanken gemacht und Forderungen entwickelt. Wir möchten nachhaltig bauen. Nachhaltig
161 auf drei Ebenen; der sozialen, ökologischen und ökonomischen Ebene.

162 Mit der sozialen Ebene wurde sich bereits in den vorhergehenden Abschnitten befasst. Wir
163 schließen hier mit ökonomischen und ökologischen Aspekten an.

164

165

166

167 **Zur ökonomischen Ebene:**

168 Ein gerade in Hamburg häufig auftretendes Problem ist die Nichteinplanung von
169 Gewerbeflächen bei Neubauten. Deswegen schlagen wir vor, im Sinne des Konzeptes der
170 urbanen Wohngebiete bei reinen Wohngebieten 15% der Erdgeschossflächen an Gewerbe
171 wie Läden und nicht störende Handwerksbetriebe zu vergeben bzw. dies bei der Planung
172 neuer reiner Wohngebiete zu berücksichtigen. Eine solche Regelung macht aus unserer
173 Sicht reine Wohnviertel, wie beispielsweise die Spanische Furt in Schnelsen, attraktiver und
174 lebendiger und führt zu mehr Austausch zwischen den Bewohnern.

175 Um weniger Flächen neu versiegeln zu müssen, fordern wir die Verstärkung der
176 sogenannten Nachverdichtung. Dabei werden bestehende flache Wohngebäude in ihrer
177 Höhe erweitert beziehungsweise Ersatzgebäude in angemessener Höhe errichtet. Auch bei
178 Neubauten sollte der vorhandene Platz sinnvoll ausgenutzt werden. Um die Lebensqualität
179 dennoch zu erhalten, schlagen wir vor, eine maximale Bauhöhe von vier bis fünf
180 Stockwerken zu berücksichtigen. So ist unserer Ansicht nach eine sowohl effiziente als auch
181 ökonomisch sinnvolle Bebauung möglich. Bei Nachverdichtung in schon bestehenden
182 Hochhaussiedlungen greift unser Vorschlag nicht.

183

184 **Zur ökologischen Ebene:**

185 Hausbau versiegelt viele Flächen, deshalb fordern wir, den Wohnungsbau in unserer Stadt
186 mithilfe von zunehmender Dachbegrünung ökologischer zu gestalten.

187 Gründächer bieten vielfältige Lösungsansätze für Probleme in Großstädten wie Hamburg.
188 Sie tragen zur Reduzierung der Luftverschmutzung bei und schaffen so auch höhere
189 Lebensqualität. Durch den Klimawandel bedingte Starkregenereignisse können durch
190 begrünte Dächer besser abgefangen werden, da diese kurzfristig Regen speichern.
191 Außerdem kann die Niederschlagswassergebühr halbiert werden (vgl. Hamburger Klimaplan
192 08.12.2015). Deshalb befürworten wir die aktuelle Subventionierung von Gründächern mit
193 bis zu 60% der Herstellungskosten und fordern, dass jeder Bauherr, der in Hamburg baut,
194 15% seiner Hamburger Neubauten mit Gründächern versieht. Dabei sollten mindestens 75%
195 der Dachfläche begrünt werden. Die Förderung bleibt trotzdem erhalten. Des Weiteren
196 möchten wir anregen, dass geeignete Fassaden an bestehenden Gebäuden begrünt
197 werden.

198 Bei den oben genannten Maßnahmen handelt es sich nicht um mietumlagefähige
199 Aufwertungen der Bauten. Sollten die Bestimmungen nicht eingehalten werden, streben wir
200 eine Sanktionierung an. Privatpersonen, die für Eigenbedarf bauen sind von der Quotierung
201 ausgeschlossen.

202 Zur Verbesserung der Energiebilanz fordern wir, neue Solardächer verstärkt zu
203 bezuschussen und den Anteil an Neubauten mit derartigen Einrichtungen zu erhöhen. Die
204 Subventionen sollen dabei, wie bei den Gründächern, bis zu 60% des Anschaffungspreises
205 betragen.

206 Um die Straßen von parkenden Autos frei zu halten, fordern wir den verstärkten Bau von
207 Tiefgaragen, bei Neubauten sollte ein Stellplatz pro Wohneinheit vorgesehen werden.
208 Gleichzeitig sollten zur Förderung des umweltfreundlichen Radverkehrs mindestens doppelt

209 so viele Fahrradstellplätze gebaut werden. Gleichzeitig legen wir Wert darauf, dass eine
210 Anbindung an den Öffentlichen Personennahverkehr gewährleistet ist, damit eine
211 komfortable, umweltfreundliche Alternative zum Autoverkehr und eine zuverlässige
212 Anbindung der Viertel sichergestellt ist. An dieser Stelle verweisen wir auf den
213 Verkehrsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft.

214

215 Um auf unsere Leitfrage zurückzukommen 'wie können wir bezahlbaren Wohnraum und eine
216 funktionierende Mietpreisbremse in Hamburg schaffen?', sind wir der Meinung, dass der
217 Hamburger Wohnungsmarkt der Nachfrage nicht gerecht wird. Wenn Hamburg weiterhin als
218 attraktive Metropole gelten soll, sollten alle Menschen nicht nur ein Anrecht auf eine
219 Wohnung haben, sondern auch eine bekommen. Wir brauchen Sie, den
220 Stadtentwicklungsausschuss, als aktiven Partner im Bündnis mit den Bauträgern. Daher
221 appellieren wir an die Hamburgische Bürgerschaft auf unsere oben genannten Forderungen
222 einzugehen, um allen Menschen attraktiven und langfristig bezahlbaren Wohnraum zu
223 ermöglichen.

224

225

226

Quellen

227 Immobilienscout24 : Neue Spielregeln auf den Wohnungsmarkt,

228 <https://www.immobilienscout24.de/ratgeber/mietpreisbremse/fragen/bedeutung.html>

229 Hamburger Abendblatt (15.06.2018) : Gescheiterte Mietpreisbremse : Was passiert jetzt ?

230 <https://www.abendblatt.de/hamburg/article2/4586441/gescheiterte-Mietpreisbremse-was-passiert-jetzt.html>

232 Haufe : Mietpreisbremse : Neues Gesetz soll wieder geändert werden

233 Buch: „Der Klimafreundliche Hamburg- Guide“, Herausgeber: Freie und Hansestadt
234 Hamburg und oem E.V.

235 Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft Hamburger Klimaplan 08.12.2015

236 Geoportal Hamburg

237 <http://.haufe.de/immobilien/verwalterpraxis/mietpreisbremse-neues-gesetzt-soll-wieder-geaendert-werden-idenk-P19865-H19578806.html>

238 [www.statista.com](http://.haufe.de/immobilien/verwalterpraxis/mietpreisbremse-neues-gesetzt-soll-wieder-geaendert-werden-idenk-P19865-H19578806.html) (20.09.2018)

240 [www.abendblatt.de](http://.haufe.de/immobilien/verwalterpraxis/mietpreisbremse-neues-gesetzt-soll-wieder-geaendert-werden-idenk-P19865-H19578806.html) (20.09.2018)

241 [www.recht.nrw.de](http://.haufe.de/immobilien/verwalterpraxis/mietpreisbremse-neues-gesetzt-soll-wieder-geaendert-werden-idenk-P19865-H19578806.html) (20.09.2018)

242 [www.hafencity.com](http://.haufe.de/immobilien/verwalterpraxis/mietpreisbremse-neues-gesetzt-soll-wieder-geaendert-werden-idenk-P19865-H19578806.html) (20.09.2018)

243

244
245
246
247
248
249
250
251
252
253
254
255
256
257
258
259
260
261
262
263
264
265
266
267
268
269
270
271
272
273
274

Referenten

Dr. Annegret Kerp-Eche (SPD)
Dr. Tim Stoberock (SPD)
Dietrich Wersich (CDU)
Jens Maier (FDP)
Heike Sudmann (Die Linke)
Peter Lorkowski (AfD)
Lars Pochnicht (SPD)
Olaf Duge (Grüne)
Michael Weinrich (SPD)
Philipp Heißner (CDU)
Ewald Aukes (FDP)
Martina Koeppen (SPD)

Teilgenommen haben:

Evin Bayir, Lena-Katharina Radtke, Maximilian Helwig, Josias Max, Hannah Jiménez Cuevas, Maria Urbach, Luka Lunckshausen, Sumi Kim, Julia Harder, Lea Gerdt, Emilio Nolte, Winona Halbeck, Luisa Seletzky, Julia Oepen, Nina Giese, Janne Oeverdiek, Sebastian Steffen Lau, Mathieu Estublier, Marcel Stacic, Jan Schepull, Jonas Guhl, Leon Muchaier, Jennifer Nissen, Thomas Koronis, Mailine Derboben, Kathrin Rother, Jennifer Amajioyi, Bela Bankwitz, Anton Westphal.

275 **Schulausschuss**

276 **Konzept zum Ausbau der Digitalisierung in der Schule**

277

278 Wir leben in einer sich stetig weiter entwickelnden und digitalisierenden Gesellschaft. Dabei
279 werden uns neue Möglichkeiten für das Lebensbegleitende Lernen eröffnet, weswegen es
280 gerade jetzt an der Politik liegt diese sinnvoll für Bildungszwecke zu nutzen. Insbesondere an
281 Schulen sehen wir einen Bedarf diese unabdinglich in die Entwicklung miteinzubinden und
282 zukunftsgerecht auszustatten, um den Schülerinnen und Schülern, aber auch den
283 Lehrerinnen und Lehrern eine zeitgerechte, optimale Bildung zu ermöglichen. Unter diesen
284 Gesichtspunkten haben wir, der Schulausschuss von „Jugend im Parlament“ in der
285 Hamburgischen Bürgerschaft, uns in einem einwöchigen Planspiel mit der Digitalisierung im
286 Schulwesen beschäftigt und unter anderem in Anbetracht der eigenen schulischen
287 Erfahrungen ein Konzept ausgearbeitet. Auf dessen Grundlage stellen wir folgende
288 Forderungen im Bezug auf die Ausstattung der Schulen, Lehrkräfte und Schülerinnen und
289 Schülern, der Qualifikation von betreffenden Lehrkräften, sowie die Vorbereitung der
290 Schülerinnen und Schüler auf die Anforderung der digitalen Gesellschaft, an die
291 Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft:

292

- 293 • Wir fordern, dass an allen weiterführenden und berufsbildenden Schulen ein eigenes
294 WLAN für Schülerinnen und Schüler mit den für Minderjährige erforderlichen
295 Sicherheitseinstellungen einzurichten ist.

296

297 Die Errichtung eines WLAN Netzwerkes für Schülerinnen und Schüler ist ein kontroverses
298 Thema, welches jedoch zwangsläufig umgesetzt werden muss, um die Recherche vor Ort im
299 Klassenzimmer zu erleichtern und neue Lehrweisen und Unterrichtsmöglichkeiten für die
300 Schülerinnen und Schüler bieten zu können. Die Schülerinnen und Schüler aus
301 unterschiedlichen Altersstufen haben in einer weit angelegten Studie des Modellprojekts
302 „Bring Your Own Device – Start in die nächste Generation“ (BYOD) bewiesen, dass sie das
303 Arbeiten mit ihren eigens mitgebrachten Geräten befürworten und gaben zudem an, dass sie
304 der Meinung waren, etwas für das Leben gelernt zu haben. Laut den Beobachtern des
305 Projekts fiel die sinnvolle Verwendung des Schüler-WLANs recht unterschiedlich aus. In
306 einigen Fällen wurde es für unterrichtsferne Zwecke verwendet, in der Schlussbewertung
307 wird trotzdem die Einrichtung eines WLAN Netzwerkes für Schülerinnen und Schüler
308 empfohlen¹.

309

- 310 • Die Internetleitungen müssen auf dem neusten Stand gehalten werden.
- 311 • In den Klassenräumen sind Access Points für das Schüler-WLAN und ausreichend
312 Strom- und LAN-anschlüsse für technische Geräte bereitzustellen.

314

315 Die dafür benötigten Strukturen sind ebenfalls schon gegeben, denn aus der Beantwortung
316 der Drucksache 21/5943 der CDU Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft geht hervor,
317 dass alle Standorte in Hamburg schon über eine ausgebaute Breitbandanbindung verfügen.
318 Diese gilt es ständig weiter auszubauen und zu verbessern. Noch in den Klassenräumen

¹ Universität Hamburg: Wissenschaftliche Evaluation des Pilotprojektes „BYOD Start in die nächste Generation“ (S.16-17)

319 ausstehend sind ausreichend Strom- und LAN-Anschlüsse, sowie Access Points für das
320 Schüler-WLAN

321

- 322 • Für jede Schule ist ein schulinternes IServ Intranet oder ein vergleichbares Medium
323 zu errichten.

324

325 Viele Schulen verfügen schon über ein schulinternes IServ Intranet oder ein vergleichbares
326 Medium, welches die Kommunikation zwischen Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern
327 erleichtert. Teil des Austausches zwischen Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern sind
328 Hausaufgaben, Lehraufträge aber auch unterrichtsvorbereitender Materialien. Probleme mit
329 dem Intranet gibt es trotzdem immer wieder, denn die konstante Funktionsfähigkeit ist nicht
330 immer gegeben. Die Benutzeroberfläche könnte in vielen Fällen auch einer Überarbeitung
331 unterzogen werden.

332

- 333 • Es ist eine umfassende Bibliothek auf jedem Schulgelände zu errichten und mit allen
334 erforderlichen Schulmaterialien und Büchern in ausreichender Anzahl bereitzustellen.
335 Diese muss zudem immer auf dem neusten wissenschaftlichen Stand gehalten
336 werden.

337

338 Zwar ist es das Ziel möglichst auf Bücher und lose Kopien oder anderweitige Arbeitsblätter
339 zu verzichten, jedoch besteht immer die Möglichkeit, dass die digitalen Systeme aus
340 verschiedenen Gründen nicht mehr funktionieren und man kurzzeitig wieder auf analoge
341 Materialien zurückgreifen muss. Außerdem sollen die Schülerinnen und Schüler auch frei
342 entscheiden können, wie sehr sie auf die digitalen Materialien zurückgreifen und ob sie nicht
343 lieber mit Büchern arbeiten wollen. Deshalb müssen die schulinternen Bibliotheken weiterhin
344 jederzeit über alle Exemplare der für den Schulunterricht erforderlichen Bücher, als auch
345 über weitere Exemplare wichtiger Recherchebücher in angemessener Anzahl verfügen.
346 Diese Kollektion muss ständig auf dem neusten wissenschaftlichen Stand gehalten werden.

347

- 348 • In den Schulen sind schuleigene Computerräume bereitzustellen, welche mit
349 modernen Computern ausgestattet sein sollen. Dies bedeutet, dass die
350 Computersysteme und Programme immer auf dem aktuellsten Stand zu halten sind
351 und die Rechner für den regulären Unterricht geeignet sind. Diesbezügliche
352 Neuanschaffungen erfolgen nach dem Ermessen der jeweiligen Schulverwaltung und
353 des technischen Personals.

354

- 355 • Weiterhin müssen die Schulen ausreichend Laptops bzw. Tablets und Beamer zur
356 Verleihung an die Schülerinnen und Schüler bereitstellen. Diese müssen ebenfalls
357 auf dem aktuellsten Stand gehalten werden.

358

359 In vielen Schulen wird gerade an der technischen Ausstattung, vor allem an den Rechnern
360 im Computerraum und den mobilen Geräten, wie Laptops und Tablets, gespart. Die Geräte
361 sind grundsätzlich stark veraltet und laufen auf längst überholten Betriebssystemen, welches
362 einem effektiven und lehrreichen Unterricht schadet. Die Computer müssen modernisiert, die
363 Betriebssysteme sowie die lizenzierten Lehrprogramme auf den neusten Stand gebracht
364 werden. Neuanschaffungen sollen nach Rücksprache mit dem technischen Personal und
365 dem Ermessen der Schulleitung erfolgen.

366

- 367 • Jeder Klassenraum soll zukünftig, statt mit einem Smartboard, mit einem ActivPanel
368 ausgestattet sein. Hierzu sollen die Schulen bei Neuanschaffungen anstelle der
369 Smartboards auf ActivPanels umrüsten.

370

371 Schon vorangeschritten ist die Installation von interaktiven Präsentationssystemen an den
372 Hamburger Schulen. Laut der Beantwortung der Drucksache 21/14178 der CDU Fraktion,
373 sind in den Hamburger Klassenräumen bereits 5605 interaktive Präsentationssysteme
374 vorhanden. Diese bestehen zum Großteil aus Smartboards. Der Wunsch die Tafel durch
375 interaktive Präsentationssysteme zu ersetzen ist ein wichtiger Schritt, um den Unterricht
376 besser gestalten zu können, jedoch birgt er auch größere Schwierigkeiten. Das größte
377 Problem ist die fehlende Kompetenz der meisten Lehrkräfte, welche es ihnen verwehrt die
378 Präsentationssysteme effektiv für den Unterricht nutzen zu können. Neben dem entstehen
379 gerade bei den Smartboards öfters technische Probleme, die zum Ausfall dieses
380 unterrichtsunterstützenden Mediums führen. Viel effektiver und einfacher zu bedienen sind
381 Activpanels.² Eine Umrüstung ist daher empfehlenswert.

382

- 383 • Jede Schülerin und jeder Schüler soll kostenlosen Zugang zu
384 unterrichtsunterstützenden Apps und Programmen erhalten. Dies soll nach Vorbild
385 der Universität Hamburg erfolgen.

386

387 Wenn die Verwendung von digitalen Geräten, wie Laptops und Tablets, im Unterricht
388 erwünscht ist, dann ist die Schulverwaltung auch dazu verpflichtet, Programme und Apps mit
389 unterrichtsunterstützender Funktion den Schülerinnen und Schülern kostenfrei zugänglich zu
390 machen. Als Vorbild soll das Paket der Universität Hamburg genommen werden, welches
391 jedem Studierenden zur Verfügung steht. Inkludiert sollten mindestens die Office Lizenz und
392 ein Anti Viren Programm sein.

393

- 394 • Die Hamburgische Bürgerschaft soll eine Kostenmodellrechnung zur Anschaffung
395 von Laptops bzw. Tablets für jede Schülerin und jeden Schüler ab der ersten
396 Sekundarstufe erstellen. Diese werden den Schülerinnen und Schülern kostenfrei zur
397 Verfügung gestellt. Aus verwaltungstechnischen Gründen ist es sinnvoll, wenn die
398 Geräte nach dem Abschluss der weiterführenden Schulen ganz in den Besitz der
399 Schülerinnen und Schüler gegeben werden, da zu dem Zeitpunkt eine Erneuerung
400 der technischen Geräte anfallen würde und man diese wohl anschließend
401 verschrotten müsste.

402

403 Der Leiter des Modellprojektes „BYOD“, Michael Vallendor, erläuterte im Ausschuss, dass im
404 Rahmen der Studie 98% der an die Schülerinnen und Schüler vergebenen Geräte in
405 funktionsfähigem Zustand an die Schule zurückgegeben worden und durch die
406 Personalisierte Geräteanbindung, die Schülerinnen und Schüler generell besser mit den
407 Laptops umgegangen sind. In dem Projekt wurden Laptops an die Schülerinnen und Schüler
408 der siebten Klasse vergeben, die bis zur 10 Klasse durchgehend in ihrer Obhut geblieben
409 sind. Dies wäre eine alternative zu den bisherigen ausleibaren Laptops bzw. Tablets, welche
410 eine kurze Lebensdauer, durchschnittlich von zwei Jahren, wegen schlechter Behandlung,
411 als auch Diebstahl, haben. Aus der Beantwortung der Drucksache 21/14178 der CDU
412 Fraktion ist außerdem hervorgegangen, dass die Hamburger Schulen schon einen
413 schuleigenen Computer pro 5,4 Schülerinnen und Schülern im Inventar haben.

² Promethan | World: Produkte > Interaktive Flachbildschirme > ActivPanel

414
415
416
417
418
419
420

- Wir fordern, dass es Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufen I und II erlaubt sein soll, im Rahmen von „BYOD“ digitale Endgeräte mit sich zu führen, die zusätzlich subventioniert werden, um diese unterrichtsgebunden zu nutzen. Digitale Endgeräte sind als Tablet oder Klapprechner, die die Schulbezogenen Programme unterstützen, definiert.

421
422
423
424
425
426
427
428
429
430

Darin sehen wir den wichtigen Faktor der finanziellen Unterstützung für eine tragfertige Chancengleichheit bezogen auf die digitalen Endgeräte um finanzielle, beziehungsweise soziale Differenzen zu überwinden. Zusätzlich besteht die deutlich ausgeprägtere Möglichkeit Lerninhalte illustrativ darzustellen und zu vermitteln, um den potentiellen Lernerfolg zu steigern.³ Zudem fördern diverse bildende Programme individualisiertes Lernen. Daneben können auch bestimmte Unterrichtsbezogene Aktivitäten, wie beispielsweise Recherchen oder das Erstellen von Präsentationen, schneller und effizienter durchgeführt werden. Durch diesen Zuschuss kann außerdem ein erweitertes Verantwortungsbewusstsein bezogen auf das digitale Endgerät an sich erzielt werden, da es durch die teilhafte Eigenfinanzierung einen erhöhten Wert vermitteln könnte.

431
432
433
434
435
436
437

- Wir fordern, dass Jegliche unterrichtsbezogene Materialien für die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufen I und II, sowie Lehrerinnen und Lehrern digital abrufbar zur Verfügung stehen sollen. Dabei sollen unterrichtende Lehrkräfte dazu eigenständig Zugang haben. Als ein passendes Medium kann dafür das vorgeschlagene IServ Intranet verwendet werden.

438
439
440
441
442
443
444
445
446
447
448
449
450
451
452

Zunächst ist signifikant, dass die Digitalisierung der für den Schulunterricht erforderlichen Bücher und Hausaufgaben nicht nur für die Einfachheit und Zweckmäßigkeit notwendig ist, sondern auch um die Schülerinnen und Schüler nicht übermäßig mit schweren Lehrbüchern, Mappen und anderen Schulwerkzeugen zu belasten. Laut dem wissenschaftlichen Institut für Ärzte in Deutschland (WIAD) haben 40–60% der Schülerinnen und Schüler in Deutschland Haltungsschwächen. Die Hauptursache für Haltungsstörungen der Schülerinnen und Schüler liegt in der mangelnden Bewegung durch die voranschreitende Digitalisierung im Privatleben. Die schweren Schulranzen erhöhen jedoch die Wahrscheinlichkeit von Haltungsstörungen⁴. Neben dem sind die digitalen Materialien leichter aufzufinden, als wenn man seine Jahresmappe nach einzelnen Arbeitsblättern durchsuchen müsste. Die Praktikabilität wird weiter gefördert durch die Unabhängigkeit der unterrichtsbezogenen Materialien. Daraus resultierend wird auch die Informationsverteilung seitens der Lehrerinnen und Lehrer durch ein einheitliches, weitläufiges System stark erleichtert. Darüber hinaus kann der Verstoß gegen die Datenschutz Grundverordnung der EU weiter vorgebeugt werden, da sich das System als ein alternatives Kommunikationsmedium erweist und dieses von Grund auf auf

³ Studie „Wie wirksam sind digitale Medien im Unterricht?“ von Prof. Dr. Bardo Herzig im Auftrag der Bertelsmann Stiftung [3, 3.1 Wirkungen auf der Ebene eines Individuums] (S.12)

⁴ Stephan Biesenbach: Evaluation eines praxisnahen Untersuchungsverfahrens und einer Bewegungsintervention zur Gesundheitsförderung von Schulkindern Klasse 5; Wissenschaftliches Institut der Ärzte Deutschlands (WIAD) e.V. WIAD-Studie: Bewegungsstatus von Kindern und Jugendlichen in Deutschland (Kurzfassung),

453 derselben basiert. Neben dem erübrigt sich, dass Lehrmaterialien durch die digitalen
454 Varianten schneller und weitläufiger aktualisiert werden können.

455

- 456 • Wir fordern, dass in der Lehrerausbildung, sowie in der Lehrerfortbildung der aktive
457 Einsatz von IT und die Vermittlung von Medienkompetenz *regelmäßig* und
458 *obligatorisch* geschult wird. Inhaltlich soll hierbei unter anderem über die
459 „Kompetenzen der digitalen Welt“ der Kultusministerkonferenz (KMK) aufgeklärt
460 werden.

461

462 Lehrer wünschen sich mehr Schulung bezogen auf digitale Medien, nicht nur, um den
463 Unterricht für Schüler attraktiver zu machen, sondern auch, weil moderner und innovativer
464 Unterricht zu immensen Leistungssteigerungen der Schülerinnen und Schüler führt. Fast
465 jeder zweite Lehrer würde gerne häufiger elektronische Medien einsetzen (47%) und auch
466 Schülerinnen und Schüler wünschen sich eine bessere Ausbildung der Lehrer (80%).⁵ Das
467 resultiert unter anderem daraus, dass digitale Medien weder in der Erstausbildung an der
468 Universität, noch bei der Weiterqualifizierung obligatorisch sind und die Lehrkräfte dessen
469 korrekten Einsatz oft nicht gelehrt wurden. Die von der KMK aufgestellten Kompetenzen sind
470 essenzielle Bestandteile der modernen Bildung, denn der Arbeitsmarkt verändert sich und in
471 Zukunft wird die Digitalisierung vieler Berufe immer prägnanter werden.

472 Im Rahmen der vorgenannten Studie⁶ wurden Lehrkräfte unter anderem gefragt, ob sie in
473 den vergangenen drei Jahren an einer Weiterbildung teilgenommen haben, die den Einsatz
474 neuer Medien im Unterricht beinhalteten oder warum sie dies im Zweifel nicht taten. So
475 transparierte es sich, dass sich 82% der befragten Lehramtsstudierenden den Ausbau von
476 Weiterbildungsangeboten zum Einsatz digitaler Medien wünschen. 83% würden solch eine
477 Weiterbildung zudem gerne selbst besuchen, während sich auch 75% wünschen, dass das
478 Lehramtstudium bereits besser auf den Einsatz digitaler Medien vorbereitet. Diese Zahlen
479 verdeutlichen abermals die zum Großteil nicht vorhandene Vermittlung von
480 Medienkompetenzen im Studium und die fehlende Präsenz diverser Weiterbildungen für
481 Lehrkräfte. Denn letztendlich sind einheitliche Regelungen zur Fortbildung von
482 Lehramtsstudierenden und Lehrkräften in digitaler Bildung bis dato noch nicht existent.

483

- 484 • Wir fordern, dass Unterrichtskonzepte für erfolgreiche digitale Bildung geschaffen
485 werden, an denen sich Schulen und Lehrkräfte orientieren können. Sie sollen sich in
486 Form von Bildungsstandards der „Kompetenzen in einer digitalen Welt“ definieren
487 und in die Curricula eingetragen werden.

488

489 Lehrkräfte werden sich künftig in einer neuen Rolle wiederfinden: Sie werden den digitalen
490 Wissenserwerb und Lernprozess ihrer Schüler begleiten und unterstützen müssen. Denn
491 erst durch die Anwendung von digitalen Medien der Lehrkräfte können die Potenziale neuer
492 Medien und digitaler Lernformate zum Wohle der Schüler eingesetzt werden. Dabei ist es
493 essenziell, dass es nicht nur um reine Wissensvermittlung geht, sondern man grundsätzlich
494 versucht die Mentalität der Lehrkräfte zukunftsorientiert auszurichten. Wichtig ist auch, dass
495 bereits vorhandene Ressourcen häufig nicht sinnvoll genutzt werden, da es an innovativen
496 Unterrichtsideen und Konzepten mangelt. Nicht einmal die Hälfte der Lehrkräfte (42 %)⁷ sind

⁵ Gemeinsame Studie von Bitkom, VBE und LEARNTEC „Digitale Schule – Vernetztes Lernen“ (S.7)

⁶ Gemeinsame Studie von Bitkom, VBE und LEARNTEC „Digitale Schule – Vernetztes Lernen“ (S.16-17)

⁷ Sonderstudie Initiative D21 „Schule Digital“ [Lehrwelt] (S.25)

497 sich eines konzeptionellen oder strategischen Rahmens bewusst, wie digitale Bildung im
498 Unterricht Anwendungen finden kann.

499

- Wir fordern, dass Medienkunde als einstündiges Schulfach in Rahmen eines Wahlpflichtkurses in den Bildungsplan der Sekundarstufe I aufgenommen wird.

502

503 Unser Ziel ist es die Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler auf die Anforderungen
504 der zukünftigen, digitalen Gesellschaft auszurichten. Dafür ist es von großer Bedeutung,
505 nicht nur die Modernisierung der Ausstattung voranzutreiben, sondern auch, ergänzend mit
506 schon vorhandener Ausstattung, eine konstruktivere Umgangsweise mit digitalen Medien
507 lehren zu lassen. Unter diesen Kompetenzen verstehen wir die Aufzeigung des rechtlichen
508 Rahmens (Urheber-, Persönlichkeits- und Datenschutzrecht), der dem Medienkonsum
509 gesetzt ist, sowie die Erlernung grundlegender Software- (Office-Programme, Aufbau eines
510 Programmes, Media Player, etc.), als auch Hardware-Fähigkeiten (Netzwerke, Computer,
511 Anschlüssen, Drucker etc.). Die kritische Auseinandersetzung der Schülerinnen und Schüler
512 mit der Digitalisierung (Cybermobbing, Probleme bei digitaler Informationsbeschaffung,
513 Mediensucht) ist dabei elementarer Bestandteil des angestrebten Kompetenzspektrums. Das
514 Schulfach Medienkunde erachten wir dabei als sinnvollstes Mittel den Schülerinnen und
515 Schüler diese Kompetenzen zu vermitteln.

516 Mit diesen Forderungen erhoffen wir uns die weiterführenden Schulen in Hamburg mit in
517 einen neuen Abschnitt unserer Gesellschaft zu nehmen um die Digitalisierung gezielt und
518 effizient einzusetzen. Damit kann vor allem der nächsten Generation, unser aller Zukunft,
519 eine zeitgerechte Bildung in einem angemessenen Umfeld ermöglicht werden.

520

521

522

523

524

525

526

527

528

529

530

531

532

533

534

535

536

537

538

539

540

541

542

543

544

545

546 Wir bedanken uns herzlich bei den folgenden Abgeordneten und Experten für die
547 ausführlichen und informativen Gespräche:

548

- | | | |
|-----|-------------------------|------------------------------|
| 549 | • Dr. Stefanie von Berg | <i>Bündnis 90 die Grünen</i> |
| 550 | • Daniel Oetzel | <i>FDP</i> |
| 551 | • Michael Vallendor | <i>BSB</i> |
| 552 | • Sabine Boeddinghaus | <i>Die Linke</i> |
| 553 | • Birgit Stöver | <i>CDU</i> |
| 554 | • Jens-Peter Schwieger | <i>SPD</i> |

555

556

557 Mitglieder des Schulausschusses für Digitalisierung im Schulwesen:

558

- | | | |
|-----|------------------------|-------------------------------------|
| 559 | • Felicia Mäurer | <i>Vorsitzende, Sprecherin</i> |
| 560 | • Anna Sophia Bielecki | <i>Stellvertretende Vorsitzende</i> |

561

- 562 • Nils Ahrensmeier
- 563 • Lars Bornträger
- 564 • Tobias Jorissen
- 565 • Sunny Kapoor
- 566 • Svenja Meyn
- 567 • Simon Millfahrt
- 568 • Max Philippi
- 569 • Christian Pohl
- 570 • Nicolas Rathjen
- 571 • Jannes Reinwand
- 572 • Thorben Wenzig
- 573 • Mattes Wiegmann
- 574 • Anita Winkler
- 575 • Niklas Wodrich
- 576 • Jan-Niclas Zeitz

577

578

579

580

581

582

583

584

585

586 **Ausschuss für Wissenschaft und Gleichstellung**

587 **Sexismus in den Medien und in der Politik**

588

589 Im Folgenden gilt die männliche Form stellvertretend für alle drei Geschlechter.

590

591 Sehr geehrte Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft,

592 wir, der Ausschuss für Wissenschaft und Gleichstellung, haben uns in der Woche vom
593 17.09-21.09.2018 im Rahmen des Planspiels „Jugend im Parlament“ mit dem Thema
594 Sexismus in Medien, Politik und Gesellschaft befasst.

595 Trotz der Bemühungen auf politischer Seite, sind wir der Meinung, dass die bisher
596 ergriffenen Maßnahmen die Problematik nur bedingt erfassen.

597 Deshalb haben wir eigene Lösungsansätze konstruiert, die im Folgenden aufgeführt sind.

598 Dabei haben wir uns auf eine grundlegende Problemlösung auf Bildungsebene fokussiert,
599 um den Sexismus schon in jungen Jahren vorzubeugen und die Generation von morgen zu
600 Offenheit zu erziehen.

601 Unsere Lösungsansätze lassen sich in drei Kategorien einteilen:

- 602
- 603 • Kindergarten und Grundschule
 - 604 • weiterführende Schulen
 - 605 • Lehrerbildung

606 Wir unterscheiden unsere Maßnahmen aufgrund der verschiedenen Lebensphasen, in
607 welchen sich die jeweiligen Kinder bzw. Jugendlichen befinden. Diese erfordern angepasste
608 Umsetzungsstrategien, die den Kapazitäten und dem Anforderungsniveau der Beteiligten
609 entsprechen.

609

610 **Kindergarten und Grundschule**

611

612 **Problembenennung**

613 Aktuell werden Mädchen und Jungen in einigen Schulen und Kindergärten in einer Vielzahl
614 von Aktivitäten aufgrund ihres biologischen Geschlechts unterschiedlich behandelt.

615 Hierbei denken wir primär an Dinge wie geschlechterspezifische Spielzeuge oder
616 Lieblingsfarben. Es gibt aber auch Ausnahmefälle, in denen Jungen und Mädchen
617 differenziert behandelt werden müssen, wie beispielsweise im Sportunterricht. Hierbei sorgt
618 die Benotung für den Ausgleich der biologischen Gegebenheiten.

619 Durch die Reduzierung von Kindern auf das biologische Geschlecht und der damit
620 einhergehenden Ungleichbehandlung werden Rollenbilder geschaffen, welche sich tief in
621 den Gedanken der Kinder verankern und über die pubertäre Entwicklungsphase hinaus
622 bestehen bleiben.

623 Ein großes Problem ist ebenfalls, dass in den Kindergärten und Schulen den Kindern oft
624 vermittelt wird, dass bestimmte Farben, Tätigkeiten, Hobbies, Eigenschaften,
625 Kleidungsstücke, Sportarten, etc. nur dem einen Geschlecht zugeordnet sind. Somit werden
626 die Kinder in ihrem Denken und damit auch in ihren Taten eingeschränkt. Sie bekommen das
627 Gefühl, dass sie gewisse Dinge aufgrund ihres Geschlechts nicht machen, tragen oder gut
628 finden dürfen.

629 Dieser Gedanke setzt sich schon früh fest und kann auch zu Mobbing oder Diskriminierung
630 von Menschen, die diesen Rollenbildern nicht entsprechen, führen.

631 Doch nicht nur im Kindergarten oder in der Schule sollte den Kindern vermittelt werden, dass
632 Mädchen und Jungen bis auf die biologischen Bedingungen keinerlei Unterschied unterstellt
633 sind. Auch im familiären Erziehungsaspekt sehen wir Handlungsbedarf. Erziehungsinhalte
634 dieser Thematik sollten, um möglichst zielführend in Kindergarten und Grundschule agieren
635 zu können, mit denen im Elternhaus übereinstimmen.

636 Das Problem der Stereotypenvermittlung besteht und diesem werden wir in den folgenden
637 Forderungen entgegenwirken.

638 **Forderung 1:**

639 Wir fordern eine Fortbildungspflicht für Erzieher und Lehrer, um sexistische Bemerkungen
640 und Taten, sowohl im unbewussten als auch im bewussten, sowie dem Denken in
641 Geschlechterrollen vorzubeugen und dieses zu unterbinden.

642 Dies wird gefordert, da wir vermeiden wollen, dass sexistisches Denken oder das Denken in
643 Geschlechterrollen an die Kinder weitergegeben oder Ihnen vermittelt wird.

644 Wir wollen also eine grundlegende Aufarbeitung und Anpassung des Erziehungskonzeptes
645 erreichen, und damit die bisherigen überholten Strukturen loswerden.

646

647 **Forderung 2:**

648 Wir fordern vermehrte themenbezogene Informationsausgaben an die Eltern der Kinder. Die
649 Informationen sollen in Form von Elternabenden, E-Mails oder Elternbriefen erscheinen.

650 Hierbei soll auf die Erziehungsmethoden im Kindergarten und in der Schule hingewiesen
651 sowie Tipps für die Erziehung im Elternhaus weitergegeben werden. So erreicht man, dass
652 auch die ältere Generation weiß, wie man mit dem Thema Sexismus umzugehen hat bzw.
653 wie man diesen vermeiden kann.

654

655 **Weiterführende Schulen**

656

657 **Problembenennung**

658 Auch nach Abschluss der Grundschullaufbahn bleiben Rollenbilder und Stereotypen in den
659 Gedankengängen der Schüler tief verankert. Auch das Schubladendenken bleibt weiterhin
660 eine präsenste Thematik.

661 Dennoch findet man in Lehrplänen von Hamburger Schulen kaum Aufklärungsprogramme
662 um Sexismus präventiv zu bekämpfen. Um ein respektvolles Miteinander zu erreichen und
663 sexistisch basiertes Denken zu verhindern, fordern wir Folgendes:

664 **Forderung**

665 Grundlegend fordern wir, dass Schüler weder auf ihr Geschlecht reduziert, noch ihnen

666 Rollenbilder jeglicher Art aufgezwungen werden. Vorurteile sollen im Schulalltag in keiner
667 Weise integriert sein. Sätze wie „Ich brauch mal zwei starke Jungs zum Tragen“ oder, dass
668 das Schriffführen in Gruppenarbeiten meist einem Mädchen zugeordnet wird, da diese
669 vermeintlich die schönere Handschrift haben, soll bestmöglich verhindert werden.

670 Diese Aufforderungen ordnen Geschlechtern Eigenschaften zu, welche eigentlich auf die
671 Allgemeinheit zutreffen könnten.

672 Ferner plädieren wir für Projektstage, an den die Themen Sexismus und Sexualität integriert
673 und behandelt werden. Der Gedanke dahinter ist, dass sich Jugendliche aktiv und bewusst
674 mit diesem Thema beschäftigen und sich detailliertes und vor Allem unbeeinflusstes Wissen
675 aneignen.

676 Insbesondere legen wir Wert darauf, dass die Behandlung dieser Inhalte in den Lernplan
677 aufgenommen wird. So kann man beispielsweise im PolitikGesellschaftsWirtschafts-
678 Unterricht auf die Entstehung und den Umgang mit Sexismus eingehen.

679 Außerdem fordern wir, dass auf Geschlechtertrennung im Biologieunterricht komplett
680 verzichtet wird. Alle Geschlechter, sollten gleichermaßen aufgeklärt sein, sowohl über ihr
681 eigenes, als auch über die anderen Geschlechter. (Selbstverständlich beziehen wir uns
682 hierbei auf die Geschlechter männlich, weiblich und divers.) Hierbei muss dennoch darauf
683 geachtet werden, dass allen Schülern weiterhin die Möglichkeit offen steht, alle Fragen zu
684 stellen ohne sich schämen zu müssen. Dies könnte z.B. durch eine anonyme „Fragebox“
685 ermöglicht werden.
686

687 **Lehrerfortbildung**

688 **Problembenennung**

689 Bei der Arbeit des Ausschusses für Wissenschaft und Gleichstellung bemerkten wir im
690 Aspekt der Bildung, eine uns allen bekannte Situation der fehlenden Aufklärung des
691 Lehrpersonals. Auf weiterführenden Schulen fehlt es den unterrichtenden Lehrern häufig an
692 kursübergreifendem Bildungsstandard. Grundlegende Begrifflichkeiten wie bspw. das
693 Soziale Geschlecht oder auch Transgender sind vielen Bildungsträgern fremd.

694 Des Weiteren zu bemängeln ist die überflüssige Trennung nach Geschlecht in bspw.
695 Sexualkunde- oder auch Sportunterricht, welche es genauso zu untersagen gilt, wie
696 unangebrachte sexistische Kommentare durch Lehrer, welche Schüler angreifen bzw.
697 basierend auf ihrem biologischen Geschlecht oder ihrer Sexualität diskriminieren.

698 **Forderung**

699 Um die oben genannten Aspekte zu unterbinden und ein der Schule angemessenes
700 Miteinander zu gewährleisten, fordern wir folgende Grundsätze bei der Weiterbildung von
701 Lehrern einzuführen:

702 Wir fordern, um einen gewissen Bildungsstandard bei den Lehrern zu ermöglichen, eine
703 fachübergreifende Fortbildung aller Lehrer, Sozialpädagogen und Lehramtsstudenten. Diese
704 soll im Jahr der Resolutionsdurchsetzung für alle Lehrer und in den darauffolgenden Jahren
705 nur noch für die Referendare durchgeführt werden. Diese Fortbildung soll ein grundlegender
706 verbindlicher Teil der schulischen Sozialpädagogik werden.

707 Die Fortbildungen sollen folgende Themengebiete ausführlich umfassen:

- 708 • Grundlagenverständnis in Bezug auf Begrifflichkeiten der Thematik Sexualität,
709 pubertäre Entwicklung, genderneutraler Ausdrucksweise und dem sozialen
710 Geschlecht
- 711 • Allgemeine Akzeptanz zwischen Lehrern und Schülern
- 712 • Umgang mit persönlichen Fragen durch Schüler
- 713 • Sexismus-Prävention, durch das Aufweisen von diskriminierender Ausdrucksweise
714 und dem Bearbeiten von Fallbeispielen
- 715

716 Fortbildungen werden, durch sich dazu bereit erklärende Stiftungen und Organisationen,
717 welche im Themengebiet der Gleichstellung tätig sind, durchgeführt und sind für alle Lehrer
718 verpflichtend. Lehrer werden für die zusätzlich erlangte Qualifikation zertifiziert und
719 Stiftungen mit einer Auszeichnung zur staatlichen Förderung der Gleichstellung beehrt.

720 Die zeitliche Organisation liegt im schulinternen Aufgabenbereich, empfohlen werden jedoch
721 unterrichtsfreie Termine.

722 Sollte nach der Teilnahme an der Fortbildung, trotzdem ein Verstoß gegen die in der
723 Fortbildung vermittelten Grundsätze der gerechten und respektvollen Behandlung
724 stattfinden, so soll dieser von betroffenen Schülern bei der Schulleitung zur Sprache
725 gebracht werden. Der jeweilige Lehrer, welcher das Fehlverhalten aufweist, ist verpflichtet
726 eine persönliche Entschuldigung gegenüber den Betroffenen abzugeben und bei weiteren
727 Verstößen ist er verpflichtet, die Fortbildung auf eigene Kosten zu wiederholen.

728

729 **Reflexion der erarbeiteten Resolution**

730

731 Unter der Berücksichtigung der oben genannten und ausführlich dargestellten Forderungen,
732 fordert der Ausschuss für Wissenschaft und Gleichstellung im Thema Sexismus in den
733 Medien und in der Politik vom Jugend Im Parlament 2018 die Abgeordneten der
734 Hamburgischen Bürgerschaft dazu auf, sich für Fortbildung für Lehrer und Erzieher,
735 Informationsveranstaltungen für Eltern, aufklärendes Lehrmaterial in beispielsweise
736 Bücherform und gemeinschaftlichen allgemeinen Unterricht beispielsweise im Sportunterricht
737 einzusetzen.

738 Die Überwindung von Geschlechterstereotypen im jungen Alter spielt eine entscheidende
739 Rolle bei der Bewältigung des Ursachenkomplexes.

740 Um einen Überblick über die Thematik zu bekommen, haben wir mit verschiedenen
741 Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft gesprochen.

742 Folgende Abgeordnete haben uns bei der Meinungsbildung unterstützt:

743 Frau Cansu Özdemir (die Linke)

744 Herr Daniel Oetzel (FDP/Vorsitz Ausschuss für Wissenschaft und Gleichstellung)

745 Frau Gabi Dobusch (SPD)

746 Herr Dr. Ludwig Flocken (Fraktionslos)

747 Herr Martin Dolzer (die Linke)

748 Wir bedanken uns dafür, dass sie sich für uns Zeit genommen und uns einen Einblick in Ihre
749 Auffassung zum Thema Sexismus gewährt haben.

750

751 Mitglieder des Ausschusses für Wissenschaft und Gleichstellung sind:

752

753 Sodaba Achar Amira Benayad Lina Buchert

754 Kashish Chukh Valeriya Didukh Kristina Elsaesser

755 Homaira Faizi Marija Filippowa Amelie Graepler

756 David Hastedt Tom Maier Burkhard Nölle

757 Mats Ollenhauer Dorian Schmalhofer Lukas Schniedergers

758 Dominik Scholger Zoe Schütt Lina Tenkleve

759 Finia Thiede Helena Widder

760

761

762

763

764

765

766

767

768

769

770

771

772

773

774

775

776

777

778

779 **Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration**

780 **Wie kann erfolgreiche Integration gelingen? Wie kann der Rechtsruck verhindert**
781 **werden?**

782

783 Sehr geehrte Bürgerschaftspräsidentin,
784 Sehr geehrte Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft,

785 Der Ausschuss für Soziales, Integration und Arbeit von „Jugend im Parlament 2018“ hat sich
786 in der letzten Woche mit Fragen der Integration und der Radikalisierung beschäftigt. Im
787 Mittelpunkt standen die Fragen „Wie kann erfolgreiche Integration gelingen?“ und „Wie kann
788 der Rechtsruck verhindert werden?“.

789 Die 22 Mitgliederinnen und Mitglieder des Sozialausschusses sind:

790 Antonia Hildebrandt
791 Hussein Al Ibrahim
792 Maya Seyfried
793 Annika Andersen
794 Jimmy An Ai
795 Jana Uther
796 Jule Grigat
797 Marek Jacob
798 Felix Mahn
799 Kaan Yavuz
800 Dag Wa Lo
801 Benjamin Behnke
802 Paul Jannis Fischer
803 Yunus Sane
804 Adele Patzett
805 Erik Müller
806 Sophie Franz
807 Bjondina Emini
808 Muskan Kakkar
809 Feline Bohlmann
810 Malaica Terema Calipe Turé
811 Felix Weißels

812 Wir haben festgestellt, dass eine missglückte Integration eng mit einem Rechtsruck der
813 Meinungsverteilung in der Gesellschaft verbunden ist und sich beide Aspekte gegenseitig
814 fördern. Folglich kann beiden Problemen mit einer gemeinsamen Lösung entgegengewirkt
815 werden. Aus diesem Grund haben wir einige Forderungen entwickelt, die den
816 Integrationsprozess erfolgreicher machen und gleichzeitig den Rechtsruck in der
817 Gesellschaft verringern.

818

819

820

821 Bei unserer Arbeit haben uns folgende Bürgerschaftsabgeordneten weitergeholfen:

822	Peter Lorkowski	AfD
823	Dr. Carola Ensslen	Die Linke
824	André Trepoll	CDU
825	Christel Nicolaysen	FDP
826	Cals E. Jarchow	FDP
827	Gert Kekstatt	SPD
828	Kazim Abaci	SPD
829	Filiz Deirel	Die Grünen

830

831 **Präambel**

832 Aus verschiedensten Gründen verlassen Menschen ihre Heimat. Politische Verfolgung,
833 Bürgerkrieg oder die Hoffnung nach einem besseren Leben sind Beweggründe für die Flucht
834 aus dem eigenen Land. Seit dem Jahr 2015 hat der Flüchtlingsstrom nach Europa
835 unvorstellbare Ausmaße angenommen. Obwohl die Anzahl der in Deutschland und Europa
836 ankommenden, geflüchteten Menschen abgenommen hat, stellt sich in Deutschland und so
837 auch in Hamburg immer noch die Frage, wie diese große Anzahl an Menschen richtig in die
838 Gesellschaft eingegliedert und integriert werden kann.

839 Gleichzeitig mit der Flüchtlingskrise und deren Folgen vollzieht sich in der Gesellschaft ein
840 deutlich erkennbarer Rechtsruck. Dieser ist vor allem geprägt durch Verslossenheit
841 gegenüber den Geflüchteten und deren Kulturen. Ausgelöst wird dieser Meinungswandel in
842 der Gesellschaft durch Angst. Angst vor Veränderung, vor der Vernachlässigung der eigenen
843 Kultur und vor allem Angst vor einem Kontrollverlust über die Situation. Ebenfalls spielen
844 Vorurteile eine große Rolle, die von Freunden, Familienmitgliedern oder von den Medien in
845 den Raum gestellt werden und vor allem bei Kindern und Jugendlichen ohne ein
846 Hinterfragen oder eine kritische Betrachtung weiterverbreitet und als wahr angenommen
847 werden.

848

849 **Gelungene Integration**

850 Unter Integration verstehen wir eine chancengerechte und eigenständige Teilnahme am
851 gesellschaftlichen Leben seitens Menschen mit Migrationshintergrund. Die selbstständige
852 Bewältigung des Alltags ist ein Kernpunkt auf dem Weg zur nachhaltigen Verankerung in der
853 deutschen Gesellschaft. Dazu gehört in erster Linie das Erlernen der deutschen Sprache.
854 Außerdem eine gesicherte Wohnsituation, eine Beschäftigung in Form von Kindergarten,
855 Schule, Ausbildung oder Arbeit und ein gesichertes Bleiberecht. Ein weiterer Kernpunkt der
856 Integration ist die Anpassung an und die Akzeptanz der deutschen Werte und Normen.
857 Ebenso wichtig ist, wie Carl E. Jarchow aus der FDP uns erklärte, dass es zwischen den
858 Deutschen und den zu integrierenden Menschen kein Konkurrenzdenken gibt. Dieses
859 entsteht in den meisten Fällen durch die Unzufriedenheit über den eigenen Lebensstandard.
860 Nicht gegeneinander, sondern nur durch ein Miteinander ist Integration und Zusammenhalt in
861 der Gesellschaft möglich. Das Führen eines eigenständigen Lebens mit einem gesicherten
862 Einkommen, mit Möglichkeiten der Weiterbildung, einem Ort zum Leben, Freizeitgestaltung
863 und Freunden ist ein Zeichen der gelungenen Integration.

864 **Problemfelder**

865 In einigen Teilen funktioniert die Integration bereits sehr gut, trotzdem gibt es
866 verbesserungswürdige Punkte. Wir sehen in einer gelungenen Integration auch die Lösung,
867 den Rechtsruck in der Gesellschaft zu verringern. Denn eine Verschlossenheit anderen
868 Kulturen gegenüber und eine missglückte Integration fördern sich gegenseitig. Ein Flüchtling
869 wird in der Gesellschaft nicht aufgenommen, aufgrund allgemeiner Vorurteile, kann nicht
870 richtig integriert werden und, weil er keine andere Wahl hat, rutscht er in genau dieses einer
871 Vorurteil rein, beispielsweise, dass Flüchtlinge kriminell sind. Damit wird das Vorurteil
872 verfestigt, verstärkt und das Ziel der gelungenen Integration rückt nicht nur für ihn sondern
873 auch für viele weitere Flüchtlinge immer weiter in die Ferne.

874 Wir sehen vor allem drei große Problemfelder in denen ein Wandel geschehen muss. Diese
875 Themenbereiche sind die Bildung, die Kontakt- bzw. Berührungspunkte der
876 unterschiedlichen Kulturen in der Freizeitgestaltung und einheitliche allgemeine Regelungen
877 für die Flüchtlingspolitik.

878

879 **Bildung**

880

881 Im Bereich der Bildung wurde mit den internationalen Vorbereitungsklassen (IVK) in Schulen
882 und der anschließenden Integration in die Regelklassen bereits einiges getan. Als Schüler,
883 die die Situation direkt mitbekommen, fällt uns auf, dass es eine Barriere zwischen den
884 Geflüchteten und uns selber gibt, die schwierig zu überwinden ist. Dadurch sind ein dringend
885 notwendiger Austausch und ein Kennenlernen der aufeinandertreffenden Kulturen kaum
886 möglich.

887 **Kontaktpunkte und Engagement**

888

889 Obwohl es viele Möglichkeiten gibt sich für Flüchtlinge einzusetzen ist es oft schwierig
890 herauszufinden wann, wo und wie genau man sich einsetzen kann. Daran scheitert dann bei
891 vielen der Einsatz für Flüchtlinge, trotz eines vorhandenen Willens zum Engagement. Dabei
892 ist es wichtig Kontaktpunkte zwischen der deutschen Bevölkerung und den geflüchteten
893 Menschen zu schaffen. Denn nur durch das knüpfen von Bekanntschaften, durch das Finden
894 von Freundinnen und Freunden kann eine Integration wirklich gelungen sein und aus einem
895 Geflüchteten ein Mensch mit einer neuen Heimat werden. Auch wird durch den persönlichen
896 Kontakt die Bereitschaft zur gegenseitigen Hilfe angeleitet. In der Verbreitung von Aktionen
897 zum Kennenlernen und Helfen und auch in der Anzahl solcher Aktionen sehen wir
898 Verbesserungsmöglichkeiten.

899 **Einheitliche Regelungen**

900

901 Das Einwanderungsgesetz bestimmt, wie die Asylverfahren verlaufen sollen. In einigen,
902 vielleicht nicht ganz alltäglichen Fällen, sehen wir aber definitiv Möglichkeiten zur
903 Verbesserung. Immer wieder hört man, dass ein Flüchtling, der sich beispielsweise in
904 Ausbildung befindet, die deutsche Sprache bereits beherrscht und angefangen hat sich ein
905 Leben aufzubauen, abgeschoben werden soll.

906

907

908 **Operativer Abschnitt**

909 Unsere Forderungen lassen sich den oben genannten Problemfeldern zuordnen. Hierbei
910 sind alle Themen stark miteinander verknüpft und überschneiden sich in einigen Aspekten.

911

912 **Forderung zur Unterstützung von interkulturellen Berührungspunkten**

913

914 Vorurteile gegenüber Flüchtlingen, sowie die Hemmschwelle auf Personen anderer Gruppen
915 zuzugehen, gründen in den Sorgen vor Unbekanntem und Fremdem. Daher ist es wichtig
916 einem solchen Denken entgegen zu wirken. Am Besten kann dies durch Arbeit an der
917 persönlichen Einstellung geschehen. So kann die Individualität und Menschlichkeit in jedem
918 gesehen werden. Mit Empathie, die durch den Dialog gebildet werden kann, baut sich
919 Vertrauen, sowie Verständnis und Bindung auf. Diese drei Punkte sind in jeder Hinsicht von
920 großer Wichtigkeit, wenn es um die Eingliederung in eine bestehende Gesellschaft geht.
921 Einerseits können die Vorurteile abgebaut werden, andererseits können die Geflüchteten
922 sich als Teil der Gemeinschaft verstehen und sich zugehörig fühlen. Dann besteht auch von
923 ihrer Seite ein noch größerer Wunsch zur Integration. Viele Hamburger und
924 Hamburgerinnen wollen sich ehrenamtlich engagieren und viele Flüchtlinge möchten sich
925 gerne weiter integrieren. Dafür fehlt beiden Seiten jedoch oft der Anschluss oder das Wissen
926 über Möglichkeiten ihre Pläne umzusetzen. Es muss mehr öffentlicher Raum geschaffen
927 werden, damit sich Kulturen auf verschiedenster Art begegnen können und Engagement
928 ermöglicht wird. Im Folgenden fordern wir Ansätze, die Migranten und Migrantinnen,
929 Geflüchtete, engagierte Hamburger und Hamburgerinnen bei aktiver Integration unterstützen
930 sollen.

931

932 Wir fordern Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer und Trainerinnen und Trainer. In
933 Schulen, Kindertagesstätten und Sportvereinen sind sich Kinder und Jugendliche
934 unterschiedlicher Herkunftsländer zunächst fremd. Lehrer und Lehrerinnen übernehmen die
935 Aufgabe der Mediatorin und des Mediators. Damit der Austausch gelingt und mögliche
936 Vorurteile abgebaut werden können, müssen die Mediatorinnen und Mediatoren geschult
937 werden.

938

939 Wir fordern Werbung, die den kulturellen Austausch attraktiv macht und zum Engagement in
940 der Integrationsarbeit auffordert. Dies kann in Form von Plakaten, Internetanzeigen, Posts
941 auf sozialen Medien oder im Fernsehen geschehen. Auf diese Weise bleibt das Thema der
942 Integration aktuell und im Bewusstsein der Hamburgerinnen und Hamburger.

943

944 Wir fordern die Finanzielle Unterstützung von Internationalen Cafés, sogenannte
945 Flüchtlingscafés. Cafés, die einen Austausch zwischen den Kulturen der Geflüchteten und
946 der Deutschen ermöglichen. Diese können als essenzieller Teil in der Integration dienen. Sie
947 haben das Potenzial beiderseits mehrere positive Veränderungen zu bewirken. Durch sie
948 kann das öffentliche Ansehen der Flüchtlinge im Nachbarschaftskreis positiv beeinflusst
949 werden. Hier besteht Möglichkeit für Migrantinnen und Migranten, ehrenamtlich oder gegen
950 Entschädigung zu arbeiten. Somit können sie sich für die Stadt einsetzen und einen
951 Wirkungskreis aufbauen. Ansässige hätten die Chance die fremde Kultur kennenzulernen.
952 Die ersten Arbeitserfahrungen können einen besseren Einstieg in die Arbeitswelt
953 ermöglichen.

954

955 Wir fordern ein durch die Stadt gefördertes Kulturfestival mit einem Schwerpunkt auf
956 Integration. Hier können sich verschiedene Kulturen kennenlernen und austauschen und
957 damit das Miteinander fördern. Dadurch kann Hamburg der Kultur und Vielfalt mehr Achtung
958 und Wertschätzung schenken.

959 Ziel des Festivals soll es sein sich gegenseitig auf Augenhöhe zu begegnen. Wir wollen,
960 dass so der Spaß am Entdecken unterschiedlicher Kulturen und positive Assoziationen zum
961 Thema Flüchtlinge gefördert werden. Öffentliche Veranstaltungen haben das Potenzial
962 genau das zu bewirken. Repräsentantinnen und Repräsentanten unterschiedlicher Länder
963 können Musik vorspielen, Essen verkaufen, Gemeinschaftsspiele und Tänze vorstellen.
964 Außerdem können Einzelpersonen Erfahrungen und Erlebnisse in Vorträgen oder zum
965 Beispiel Poetry Slams erzählen sowie Diskussionsrunden führen. Das Fest wird auch von
966 Personen aus unterschiedlichen Kulturen organisiert, da das Arbeiten an einem
967 gemeinsamen Projekt die Gemeinschaft fördert. Das Festival soll kostenfrei auf öffentlichen
968 Plätzen stattfinden, wie zum Beispiel dem Rathausmarkt oder dem Heiligengeistfeld.
969

970 Für Kinder und Jugendliche fordern wir eine Vereinfachung von Anträgen für sportliche
971 Aktivitäten. Sie sollen finanziell gefördert und ermöglicht werden. Die Anträge sollen in einem
972 einfachen Deutsch verfasst werden, sodass keine Probleme durch geringe Kenntnisse der
973 deutschen Sprache entstehen. Außerdem sollen die Anträge in den Sprachen übersetzt
974 werden, die besonders gefragt sind wie zum Beispiel Arabisch und Afghanisch. Des
975 Weiteren sollen diese Anträge online verfügbar sein.

976 Es sollen Ferienprogramme für Kinder von geflüchteten Eltern und für deutsche Kinder
977 stattfinden. Flüchtlingskinder haben die Möglichkeit ihre neue Umgebung besser
978 kennenzulernen und zwischen den Kindern können Freundschaften geknüpft werden und es
979 findet ein Kulturaustausch statt. Das Ferienprogramm soll viermal im Jahr stattfinden. Wir
980 fordern, dass Gelder zur Verfügung stehen, damit Ausflüge und Aktivitäten finanziell
981 ermöglicht werden können.

982 In jedem Stadtteil sollen Räumlichkeiten oder Plätze bereitgestellt werden, die zum
983 kulturellen Austausch genutzt werden können. Diese Orte können für Flohmärkte und
984 Sportfeste genutzt werden. Um dies zu ermöglichen fordern wir von der Stadt Hamburg
985 Gelder die zwei bis viermal jährlich jedem Stadtteil bzw. jedem Bezirk zur Verfügung gestellt
986 werden.

987
988 Wir fordern, dass die Diskriminierung bei der Wohnungssuche aber auch bei der
989 Arbeitssuche verringert wird, sodass eine gelungene Integration ermöglicht wird und das
990 vollkommene Gefühl des Ankommens bei den Zuwanderinnen und Zuwandern geweckt wird.
991 So können sich verschiedene Gruppen in einer Nachbarschaft besser vermischen, und
992 Integration kann ohne Aufwand im Alltag entstehen. Bei der Wohnungs- und Arbeitssuche
993 wollen wir durchsetzen, dass die Namen nicht angegeben werden sondern diese durch
994 Nummern ersetzt werden. Jedoch müssen dem Arbeitgeber/Vermieter anonymisierte
995 Informationen über Aufenthaltstitel sowie Straftatenregister vorliegen. Hierfür soll eine
996 Onlineplattform geschaffen werden, in der jedem Hamburger Einwohner eine Nummer
997 zugeteilt wird. Die Bewerbung/Anfrage auf konventionellem Wege soll weiterhin möglich
998 sein. Wir wollen die soziale Gerechtigkeit in unserer Stadt erhöhen, dies wäre einer der
999 Möglichkeiten die sich daraus ergibt. Andere Möglichkeiten sind herzlich willkommen, jedoch
1000 sollte dabei beachtet werden, dass alle die gleichen Möglichkeiten auf dem Wohnung- und
1001 Arbeitsmarkt haben.

1002

1003

1004 **Forderungen zur Unterstützung von Aufklärung im kulturellen Austausch**

1005

1006 Vorurteile sind der Hauptgrund für misslingende Integration und Verslossenheit gegenüber
1007 Neuem und Unbekanntem. Um den Grundstein für eine zukunftsfähige, gute Gesellschaft zu
1008 legen, muss eine Aufklärung der jüngeren Generationen stattfinden. Diese ist
1009 verhältnismäßig einfach umzusetzen, da alle Kinder und Jugendlichen jeden Tag die Schule
1010 oder den Kindergarten besuchen.

1011

1012 Wir fordern Seminare, die präventiv gegen Vorurteile vorgehen sollen. Dies kann spielerisch
1013 bereits im Kindergarten und in der Grundschule geschehen. Allerdings fordern wir dafür auch
1014 einen festen Platz in der Schule. Der Unterricht sollte vor allem in einem Alter stattfinden, in
1015 dem die Kinder noch aufnahmebereit für verschiedene Meinungen sind und sich inhaltlich
1016 produktiv mit den betroffenen Themen beschäftigen können. Dafür schlagen wir die fünfte bis
1017 zehnte Klasse vor. Hierfür sollen die Klassen untereinander gemischt werden, vor allem,
1018 wenn an einer Schule interkulturelle Vorbereitungsklassen existieren. Es sollen vor allem
1019 tolerante Werte vermittelt werden. Themen wie Sexismus, Rassismus oder auch der
1020 Austausch über Möglichkeiten zur aktiven Bekämpfung von Ungerechtigkeiten können
1021 behandelt werden. Auf diese Art kann zusätzlich ein Gleichwertigkeitsgefühl geschaffen
1022 werden.

1023

1024 Wir fordern eine anerkannte Umschulung von Personen, die in ihrem Heimatland einen Beruf
1025 erlernt haben, den sie in Deutschland nicht ausüben können. Viele Flüchtlinge sind arbeitslos
1026 oder erfüllen eine Arbeit, die unter ihren Anforderungen steht, obwohl sie viel mehr zu bieten
1027 haben. Zum Beispiel müssen gelehrte Ärztinnen und Ärzte müssen Taxi fahren, da ihre
1028 Abschlüsse nicht anerkannt werden. Dabei sind ihre Fähigkeiten in unserer Gesellschaft oft
1029 gefragt. Eine Umschulung kann das Wissen der Geflüchteten auf die Ansprüche unserer
1030 Gesellschaft anpassen, damit beide Seiten davon profitieren können.

1031

1032 Wir fordern verpflichtende Deutschkurse und Seminare für Migrantinnen und Migranten.
1033 Wichtig ist, dass dieser Unterricht auch in den Erstaufnahmestellen zur Verfügung gestellt
1034 werden muss. Die Sprache legt den Grundstein für eine erfolgreiche Integration, da wir durch
1035 die Sprache aufeinander zugehen können. Mit einer besseren Kommunikation gelingt es
1036 leichter jemanden sozial zu integrieren, außerdem bietet es einen besseren Start in die
1037 Arbeitswelt. So können Flüchtlinge schneller zu einem Teil der Deutschen Gesellschaft
1038 werden.

1039 In Kombination mit dem Sprachkurs fordern wir gesellschaftliche Aufklärung über Hamburg,
1040 Deutschland und Europa für diejenigen, die hier keine Schulbildung erfahren, um die
1041 Menschen und verschiedene soziale Regelungen verstehen zu können. Hierzu sollen
1042 Hintergründe der Orte wie zum Beispiel die Geschichte besprochen werden. Gesteigertes
1043 Verständnis unserer Kultur gegenüber kann Geflüchteten, Migrantinnen und Migranten viele
1044 Probleme erleichtern.

1045 **Forderung zu Einheitlichen Regelungen**

1046

1047 Immer wieder werfen Entscheidungen zum Beispiel über Abschiebungen Fragen auf. Grund
1048 dafür ist, dass klare Regelungen und Gesetze in der Flüchtlingspolitik fehlen. Diese müssen
1049 auch unbedingt konsequent und verständlich durchgeführt werden.

1050

1051 Die Verteilung auf die Bundesländer soll zunächst weiterhin nach dem Königssteiner
1052 Schlüssel erfolgen. Eine Expertenkommission kann einen anderen Verteilungsschlüssel
1053 entwerfen, der einstimmig angenommen werden soll.

1054
1055 Wir fordern einheitliche Regelungen, die konsequent und transparent für alle eingehalten
1056 werden, in den Bereichen der Straftatenbegehung, Abschieberegeln und -gesetze sowie bei
1057 der Verweigerung der Integration

1058 Wenn ein Flüchtling eine Straftat begeht, wird zuerst zwischen einem Vergehen und einem
1059 Verbrechen differenziert. Kann nachgewiesen werden, dass eine Straftat bewusst begangen
1060 wurde, droht die konsequente Abschiebung. Flüchtlingen werden Leistungen gekürzt und
1061 ihnen droht das gleiche Strafmaß, wie deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern. Eine
1062 Abschiebung in das Heimatland ist nicht mit dem deutschen Grundgesetz vereinbar, wenn
1063 dem Geflüchteten in seinem Heimatland der sichere Tod bevorsteht. Denn die Todesstrafe,
1064 die in einem solchen Fall mit der Abschiebung gleich zu setzen wäre, ist in Deutschland
1065 abgeschafft.

1066
1067 Eine schnelle Abschiebung beziehungsweise eine Zurückführung in das Heimatland sollte
1068 vollzogen werden, wenn:

- 1069
- 1070 • Eine Migrantin und ein Migrant aus einem sicheren Herkunftsland kommt
 - 1071
 - 1072 • Eine Migrantin und ein Migrant als Gefährderin oder Gefährder von den Behörden
1073 eingestuft wird
 - 1074
 - 1075 • Eine Migrantin und ein Migrant eine Straftat begonnen hat, siehe obere Absatz.

1076
1077 Bei der Verweigerung von Integrationsmaßnahmen sollte nach den folgenden Punkten
1078 gehandelt werden. Unter der Verweigerung der Integration verstehen wir, wenn ein Flüchtling
1079 oder eine Migrantin und ein Migrant sowohl die deutsche Verfassung (Grundgesetz, Werte
1080 und Normen der Gesellschaft) nicht anerkennt als auch nicht toleriert und mutmaßlich
1081 dagegen agiert. Bei erstmaligem Verstoß gegen die Verfassung werden die Leistungen bei
1082 Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten gekürzt und es folgt ein Gespräch mit dem
1083 jeweiligen Betreuerin und Betreuer beziehungsweise der zuständigen Mitarbeiterin oder
1084 Mitarbeiter in der Behörde. Bei mehrfachem Verstoß und eine konsequente Haltung gegen
1085 die Werte unserer Gesellschaft werden Migrantinnen und Migranten abgeschoben.
1086 Flüchtlingen drohen die gleichen Konsequenzen wie beim Begehen einer Straftat, da auch
1087 hier eine Abschiebung nicht mit dem deutschen Grundgesetz vereinbar ist. Um diesen Fällen
1088 generell vorzubeugen, schlagen wir vor, dass es auch für volljährige Flüchtlinge und
1089 Migrantinnen und Migranten einen Ansprechpartner in Form von einem Betreuer gibt, wie es
1090 bereits schon bei minderjährigen Flüchtlingen der Fall ist. Diese Arbeit könnte auch von
1091 bereits gut integrierten Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten übernommen werden.

1092
1093

1094 **Fazit**

1095
1096 Bei unserer Recherche ist uns aufgefallen, dass der Entscheidungswille, der die Integration
1097 nachhaltig fördern würde, nicht ausreichend ausgeprägt ist. Wir fordern mehr Möglichkeiten,
1098 um mit Menschen aus fremden Herkunftsländern in Kontakt zu treten. Wir fordern mehr
1099 Bildungs- und Aufklärungsarbeit um Vorurteile aus dem Weg zu räumen. Um diese

1100 notwendigen Veränderungen durchführen zu können fordern wir finanzielle Mittel.
1101 Deutschland ist ein Einwanderungsland. Gelungene Integration ist der Grundstein für
1102 Hamburgs Zukunft als Stadt in der wir gemeinsam leben und Veränderungen schaffen.
1103 Bei einer kurzen Bürgerbefragung haben wir außerdem festgestellt, dass unsere Meinung
1104 geteilt wird. Viele Bürgerinnen und Bürger wünschen sich mehr Transparenz und Ordnung in
1105 der Integrationspolitik.

1106
1107
1108
1109
1110
1111
1112
1113
1114
1115
1116
1117
1118
1119
1120
1121
1122
1123
1124
1125
1126
1127
1128
1129
1130
1131
1132
1133
1134
1135
1136
1137
1138
1139
1140
1141
1142
1143
1144
1145
1146
1147
1148

1149 **Europaausschuss**

1150 **Rolle Deutschlands in der EU**

1151

1152

1153 **BÜRGERSCHAFT**

1154 **DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG**

1155

1156 **21. Wahlperiode**

20.09.2018

1157

1158

1159 **Resolution**

1160 der Teilnehmer Vincent Engel, Lukas Funk, Justin Gräflich, Edwin Haas, Nico Hamel,
1161 Christopher Hader, Ole Hunke, Nico Hückstädt, Eliza Kremer, Felice Lohmann, Nils Meier,
1162 Lisa Mittag, Michail Modrintsen, Jonas Moghib, Jakob Oskaar, Babek Pahlavani, Lennart
1163 Querhammer, Lukas Reinke, Konstantin Schroeter, Lena Steininger, Cedric Stunz, Gina
1164 Wehking und Lukas Witte

1165

1166 **zu „Deutschlands Rolle in der Europäischen Union“**

1167 (Hinweis: Um die Lesbarkeit zu verbessern, haben wir auf die Verwendung von
1168 geschlechtsspezifischen Formen verzichtet.)

1169

1170 Sehr geehrte Abgeordnete,

1171 wir, der Europaausschuss der Veranstaltung „Jugend im Parlament 2018“ haben uns eine
1172 Woche intensiv mit europapolitischen Fragen, insbesondere mit der Rolle Deutschlands in
1173 der Europäischen Union, auseinandergesetzt. Aus hitzigen Debatten untereinander und
1174 Impulsen, die wir aus Gesprächen mit Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft
1175 mitgenommen haben, haben wir unsere Positionen formuliert. Im Zuge dessen sind uns
1176 einige Punkte aufgefallen, bei denen aus unserer Sicht Änderungsbedarf besteht. Im
1177 folgenden Antragsbuch schildern wir unsere Anliegen. Wir als Ausschuss möchten Sie bitten
1178 diese als Anregung zur Kenntnis zu nehmen und weiterzutragen.

1179

1180

1181

1182

1183

1184	Inhaltsverzeichnis
1185	
1186	Wirtschafts- und Finanzpolitik der Europäischen Union
1187	Aktuelle Lage
1188	Statistik
1189	Forderung
1190	
1191	Struktur der Europäischen Union
1192	Aktuelle Lage
1193	Reformforderungen für die Europäische Union
1194	Begründung der Thesen
1195	
1196	Solidarität in der europäischen Union
1197	Solidarität der Mitgliedstaaten
1198	Solidarität Deutschlands
1199	Forderung
1200	Begründung
1201	
1202	Grundwerte der Europäischen Union
1203	
1204	
1205	
1206	
1207	
1208	
1209	
1210	
1211	
1212	

1213 **Wirtschafts- und Finanzpolitik**

1214 **Aktuelle Lage**

1215 Aktuelle Lage: Nach dem Stand des EU-Haushalt 2017 standen 157,9 Milliarden Euro zur
 1216 Verfügung, von denen nur ein Bruchteil für Ausgleichszahlungen verwendet wurden. Das
 1217 Problem einer vereinten EU liegt in dem wirtschaftlichen Ungleichgewicht der
 1218 Mitgliedstaaten. Diesem Problem werden wir mit unseren folgenden Forderungen
 1219 entgegenzutreten, mit dem Ziel, als wirtschaftlich vereinte Union in der Lage zu sein mit
 1220 anderen „Global Playern“ zu konkurrieren.

1221

1222 **Statistik**

Mittelansätze nach Rubriken	Mrd. €	
	Verpflichtungen	Zahlungen
1. Intelligentes und integratives Wachstum:		
a) Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung	74,899	56,522
b) Wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt	21,312	19,321
	53,587	37,201
2. Nachhaltiges Wachstum	58,584	54,914
3. Sicherheit und Unionsbürgerschaft	4,284	3,787
4. Europa in der Welt	10,162	9,483
5. Verwaltungsausgaben (aller EU-Organe)	9,395	9,395
Besondere Instrumente	534	390
Mittel insgesamt	157,858	134,490

1223 *Daten gemäß der Internetseite des Europäischen Rates*

1224

1225

1226

1227

1228

1229

1230 **Forderungen**

- 1231 • Prozentual angemessene Beitragserhöhung der Mitgliedstaaten an den EU-
1232 Haushaltsetat.
1233
 - 1234 ➤ Für mehr Geldmittel im EU Haushaltsetat als Grundlage für Ausgleichungen
1235 der Volkswirtschaften.
1236
- 1237 • Umverteilung des EU-Haushaltsetats von nachhaltigem Wachstum zu
1238 Ausgleichszahlungen, gekoppelt an verpflichtende Investitionen.
1239
 - 1240 ➤ Zur Förderung wirtschaftlich schwacher EU-Mitgliedsstaaten durch
1241 verpflichtende Investitionen aus den Ausgleichszahlungen. Diese
1242 Investitionen dienen ausschließlich zur Förderung der Wirtschaft.
1243 In den Bereichen Infrastruktur, Landwirtschaft, Errichtung öffentlicher
1244 Einrichtung, Wohnungsbau, Subventionen für Unternehmen.
1245
- 1246 • Subventionen für europäische Unternehmen, um mit den ausländischen Monopolen
1247 konkurrieren zu können.
1248
 - 1249 ➤ Finanziert durch den erhöhten EU-Haushaltsetat. Konkurrenzfähigkeit wird
1250 durch eine starke gesamtwirtschaftliche Union gewährleistet.
1251

1252 **Struktur der Europäischen Union**

1253 **Aktuelle Lage**

1254 Die Europäische Union (EU) ist ein Zusammenschluss mehrerer souveräner Staaten. Diese
1255 Staaten haben sich auf der Grundlage gemeinsamer Werte zusammengeschlossen. Seit
1256 dem erstmaligen Zusammenschluss im Rahmen der EGKS (Kohle & Stahl) stehen diese
1257 Werte im Mittelpunkt der Union.

1258 Die EU setzt sich aus diversen Institutionen mit eigenen Aufgabenbereichen zusammen.

1259 Diese Machtbalance ist allerdings ungleich verteilt. Es gibt gravierende Differenzen in den
1260 Machtbefugnissen zwischen den institutionellen Organen. Der Europäische Rat muss jedem
1261 parlamentarischen Beschluss zustimmen und kann sich damit dem Europäischen Parlament
1262 widersetzen.

1263 Durch diesen zu komplizierten Weg der Gesetzgebung kommt der europäische Gedanke
1264 nicht mehr in der Jugend an. Die Strukturen müssen überarbeitet werden, um die
1265 Europäische Integration wieder zu beleben.
1266

1267 **Reformforderungen für die Europäische Union**

1268 Aufgrund der eben geschilderten Situation bitten wir um die Unterstützung der MdHB und
1269 stellen folgende Forderungen:

- 1270 • Kräfteverschiebung der Kompetenzen innerhalb der EU-Gremien vom Europäischen
1271 Rat zum EU-Parlament und eine damit einhergehende Stärkung des Europäischen

- 1272 Parlaments
1273
1274 • Reform des EU-Kommissariats hin zu eigenständigen Europäischen Ministerien
1275
1276 • Anpassung des Europäischen Wahlrechts
1277
1278 • Stärkung des Europäischen Kontrollgremiums SSM zur Bankenkontrolle
1279
1280 • Neuauflage einer Europäischen Verfassung
1281

1282 **Begründung der Thesen**

1283 Eine Kräfteverschiebung vom Europäischen Rat, sowie dem Ministerrat zum Europäischen
1284 Parlament würde die Gesetzgebung in der EU erleichtern. Dabei soll einem einzelnen
1285 Mitglied des Europäischen Rates nicht mehr die Möglichkeit gegeben sein, per Vetorecht
1286 einen Vorschlag auszuschlagen. Ein relatives Mehrheitssystem im Europäischen Rat eröffnet
1287 viele neue Möglichkeiten. Es seien beispielsweise die Durchsetzung der Sanktionen gegen
1288 Polen, die schnellere Verabschiedung von Gesetzen, oder auch die Umsetzung von anderen
1289 Mehrheitsforderungen zu nennen. Der Gesetzgebungsprozess würde somit erheblich
1290 verbessert.

1291 Aufgrund der Machtstellung nationaler Ministerien war eine gesamteuropäische Vertretung
1292 bisher nicht nötig. Mit dem Ziel, Europa näher zusammenrücken zu lassen, fordern wir
1293 gemeinschaftliche Ministerien auf europäischer Ebene. Hierfür schlagen wir die Nutzung der
1294 existierenden Strukturen des EU-Kommissariats vor. Mit diesen Ministerien kann man die
1295 europäischen Interessen auf internationaler Ebene vertreten und Europa als Einheit stärken.
1296 Aus später erklärten Gründen exkludieren wir von dieser Forderung ein europäisches
1297 Finanzministerium. Besonders nötig sehen wir hingegen ein eigenes Ministerium für
1298 Migration und Flüchtlinge, das von den nationalen Ministerien und Agenturen unterstützt wird
1299 und im Umkehrschluss über eine nur per Mehrheitsvetorecht der Staats- und
1300 Regierungschefs anfechtbare Entscheidungsmacht verfügt.

1301 Da wir die passive politische Teilnahme an der europäischen Politik als zu indirekt ansehen,
1302 fordern wir eine Veränderung des generellen Wahlrechts. Unser Vorschlag gestaltet sich so,
1303 dass länderübergreifende Wahllisten verfügbar sind und somit jede Partei, unabhängig
1304 derzeitiger nationaler Grenzen, wählbar ist. Um die Übersicht, inklusive einer schnellen
1305 Entscheidungsfähigkeit, zu wahren, fordern wir eine 5%-Hürde im Europäischen Parlament.
1306 Dieses legitimierte Parlament wählt den EU-Präsidenten und die neu geschaffenen Minister
1307 und erhält außerdem das längst überfällige Initiativrecht.

1308 Knapp 10 Jahre nach der Bankenkrise mit dem Fall des amerikanischen Finanzhauses
1309 *Lehmann Brothers* sehen wir es als dringender denn je, den existierenden einheitlichen
1310 Bankenaufsichtsmechanismus auszubauen und eine neue, strengere Regulierung
1311 einzuführen. Die derzeitige Aufsicht und Kontrolle der Großbanken muss erweitert werden
1312 durch ein Solidaritätskonzept zwischen den nationalen Bundesanstalten für
1313 Finanzdienstaufsichten, das zu einer europäischen Transparenz führt. Großbanken müssen
1314 ihre Allmachtstellung inklusive Ihres „too big to fail“-Status verlieren, höhere
1315 Eigenkapitalpflichten müssen eingeführt werden. Eine nationale Zuständigkeit ist hier nicht
1316 ausreichend, die Verstrickungen der Banken über Grenzen hinweg führen bei Problemen

1317 automatisch zu einem Dominoeffekt, der mithilfe von Rettungsaktionen auf die europäischen
1318 Steuerzahler abgewälzt wird.

1319 Die einheitliche Bankenaufsichtsanstalt wird durch die nationalen Anstalten unterstützt,
1320 kontrolliert jene jedoch auch.

1321 Wie zuvor erklärt fordern wir, dass die Staaten weiterhin ihren derzeit bestehenden Haushalt
1322 verwalten, bis sich die finanzpolitisch zu unterschiedlichen europäischen Volkswirtschaften
1323 angeglichen haben.

1324 Zusätzlich muss es ein nur auf nationale Haushalte und deren Verschuldungen fokussiertes
1325 Kontrollgremium geben, das ggf. Regierungen berät und Pläne zur Vermeidung und Klärung
1326 finanzieller Probleme erstellt.

1327 Nachdem 2004 die Integration einer europäischen Verfassung gescheitert ist und
1328 stattdessen der Kompromiss des Lissabon-Vertrags aufgesetzt wurde, sehen wir hier für das
1329 zukünftige Europa deutliches Potenzial, das bis jetzt nicht voll ausgenutzt ist. Neben den
1330 Beschlüssen des Lissabon-Vertrags sehen wir die Manifestierung human-ethischer
1331 Grundsätze, an die sich jeder EU-Teilnehmer zwingend zu halten hat. Hier stehen die Würde
1332 des Menschen, Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, Gleichheit und Religionsfreiheit besonders
1333 im Vordergrund, die mit einer Null-Toleranz-Politik durchgesetzt werden sollten und dessen
1334 Bruch zu starken Sanktionen führen muss, die bis zum Stimmentzug führen können.

1335 Zusätzlich gibt es Handlungsbedarf beim EUV. Diesen sehen wir bei Artikel 7, welcher im
1336 Falle des Bruchs der Regeln die Möglichkeit der Bestrafung eines Staates ermöglicht. Punkt
1337 2 beruft sich auf eine Feststellung des Regelbruches, ausgeübt vom europäischen Rat,
1338 welcher mit Einstimmigkeit abstimmen muss. Ausgenommen ist das zu bestrafende Land.
1339 Wie man kürzlich durch interne Pakte zwischen Polen und Ungarn verfolgen musste, ist
1340 dieses System hinfällig. Durch Ungarns Gegenstimme kann kein Regelbruch im
1341 Europäischen Rat festgestellt werden, was das Verfahren sabotiert. Polen kann weiter alle
1342 Vorteile nutzen und Gelder beziehen, während es sich legislativ kontinuierlich von den EU-
1343 Konzepten entfernt und vereinbarte Rechte offenkundig nicht beachtet. Schlussendlich
1344 schlagen wir eine Legitimierung mit einer qualifizierten Mehrheit ohne Vetorechte vor. Das
1345 große Problem hierbei ist, dass die bei einer Vertragsänderung erforderliche Zustimmung
1346 aller Mitgliedstaaten durch die die betreffenden Staaten geblockt werden kann und somit
1347 eine Vertragsänderung kaum möglich ist. Für dieses Dilemma fordern wir einen
1348 konstruktiven Diskurs mit Lösungen.

1349

1350 **Solidarität in der Europäische Union**

1351 **Solidarität der EU-Mitgliedstaaten**

1352 Derzeit sind die einzelnen EU-Staaten so zerrissen wie seit der Gründung nicht mehr. Viele
1353 große Themen wie die Flüchtlingskrise, Griechenland-Pleite, Italien-Pleite und das
1354 Dichtmachen der Grenzen einzelner Länder scheiden die Geister der verschiedenen
1355 Regierungen und Völker.

1356

1357

1358

1359 **Solidarität Deutschlands**

1360 Im Allgemeinen kann man sagen, dass Deutschland ein Staat ist, welcher von Solidarität und
1361 Hilfsbereitschaft geprägt ist, jedoch verhält sich auch Deutschland im internationalen
1362 Vergleich nicht immer moralisch korrekt.

1363 Ein aktuelles Problem wäre beispielsweise die Flüchtlingskrise. Hier verhalten sich Länder
1364 wie Italien, Polen oder Ungarn unsolidarisch, da sie sich weigern weitere Flüchtlinge
1365 aufzunehmen, während Deutschland von Anfang 2015 bis Ende 2018 1,3 Millionen
1366 Asylanträge angenommen hat und zusätzlich auch Hilfsgelder an Organisationen in
1367 Kriegsgebieten sendet. In solchen Krisensituationen wäre es nur angemessen, wenn die EU-
1368 Staaten zusammenhalten und sich gegenseitig unterstützen würden. Ein solcher
1369 Zusammenhalt wäre beispielsweise gegeben, wenn die Länder, basierend auf ihrer
1370 Bevölkerung und ihren Ressourcen, einen ähnlichen Anteil an Flüchtlingen aufnehmen
1371 würden. Auch das Zurückschicken von Flüchtlingen in die Länder, in denen sie ihre
1372 Erstregistrierung hatten, fördert einen solchen Ausgleich, da diese meist die Flüchtlinge in
1373 andere EU-Staaten schicken. Derzeit werden Flüchtlinge an der Grenze zu Europa
1374 festgehalten, so beispielsweise in Italien und Malta, da laut dieser Staaten ihre
1375 Belastungsgrenze erreicht ist und nördliche EU-Staaten diese Grenzstaaten nicht genug
1376 unterstützen.

1377 Ein weiteres Thema, welches seit dem Anschlag auf das World-Trade-Center im Jahre 2001
1378 immer wichtiger wurde, ist der Kampf gegen den Terrorismus. Auch in den letzten Jahren
1379 gab es immer wieder Anschläge auf Städte wie Brüssel und Paris und vor allem in diesen
1380 Momenten zeigt sich, wie wichtig solidarische Leistungen der EU-Mitgliedsstaaten, unter
1381 anderem von Deutschland, sind.

1382 Ein Negativ-Beispiel für Solidarität in der Europäischen Union wäre das Verhalten von
1383 Großbritannien. Da die Regierungen, unter anderem England, die Zahlung an die
1384 Europäische Union als zu hoch empfanden, forderten sie die britische Bevölkerung zu einem
1385 Volksentscheid auf, welcher über die Zukunft des Staatenbundes entscheiden sollte. Mit
1386 diesem Volksentscheid wurde der Austritt aus der Europäischen Union beschlossen. Dies ist
1387 ein im höchsten Maß unsolidarisches Verhalten, da die nationalen Interessen dem
1388 Gemeinwohl der Europäischen Union unterliegen sollten. Ein weiterer Grund, warum dieses
1389 Verhalten nicht akzeptabel ist, ist, dass diese Gelder, welche in den Europäischen
1390 Gemeinschaftsfonds eingezahlt werden, zur Stabilisation und zum Wiederaufbau ärmerer
1391 Mitgliedstaaten genutzt werden. Wenn nun ein solch finanzstarker Staat aus dem EU-
1392 Bündnis austritt und somit seine Beiträge wegfallen, ist dies für die gesamte Union eine
1393 erhebliche finanzielle Belastung, weswegen weitere Austritte in jedem Fall zu verhindern
1394 sind.

1395

1396 **Forderungen an die Hamburgische Bürgerschaft**

1397 Folgende Forderungen besagen, dass Sie im Europaparlament Gegenmaßnahmen zu
1398 unsolidarischem Verhalten etablieren. Unserer Meinung nach kann ein intaktes Europa nur
1399 dann funktionieren, wenn sich jeder Mitgliedstaat an die rechtlichen sowie die moralischen
1400 Grundlagen hält. Da dies jedoch nicht immer von selbst geschieht, sollte man diese
1401 moralischen Grundlagen vermehrt überwachen und auch eine Einhaltung dieser konsequent
1402 durchsetzen. Eine Lösung hierfür wäre unserer Meinung nach Sanktionen gegenüber
1403 unsolidarischem Verhalten von Staaten einzuführen. Solche Sanktionen können finanzieller
1404 oder auch kultureller Art sein. Ein Beispiel für eine solche nicht-finanzielle Sanktion könnte

1405 der Entzug des Stimmrechtes im Europaparlament sein. Jeder Staat, welcher sich
1406 unsolidarisch verhält, sollte vermittelt bekommen, dass dieses Verhalten für einen politischen
1407 Bund wie die Europäische Union nicht akzeptabel ist. Warum empfinden wir Solidarität als
1408 solch ein wichtiges Gut? Dies legen wir im Folgenden detailliert dar:
1409

- 1410 • Solidarität sollte verpflichtend sein
1411
- 1412 • Ohne eine solidarische Grundlage ist eine Zusammenarbeit nicht möglich.
1413
- 1414 • Solidarität schafft Vertrauen, was ein wichtiger Aspekt der Zusammenarbeit ist.
1415
- 1416 • Vertrauen wiederum ist unablässig für eine Zusammenarbeit in solch einer großen
1417 Gemeinschaft

1418

1419 **Begründung**

1420 Unsere Forderungen sind nach langen Überlegungen, vielen Sitzungen und umfangreichen
1421 Expertengesprächen entstanden. Aufgrund unserer Überlegungen denken wir, dass unsere
1422 Forderungen den Zusammenhalt der EU-Staaten untereinander stärken. Da die Zukunft
1423 Europas von vielen in einem vereinigten europäischen Bundesstaat gesehen wird, ist und
1424 wird Zusammenhalt ein immer wichtigeres Thema. In der Europäischen Union leben über
1425 500 Millionen Bürger, und damit viele Menschen verschiedener kultureller Hintergründe aus
1426 sehr unterschiedlichen Ländern in einer Einheit zusammenleben können, müssen gewisse
1427 Grundsätze eingehalten werden. Da es jedoch schon vorbestimmt ist, dass einige Parteien
1428 sich nicht grundsätzlich an diese Werte halten, ist es unumgänglich, dass wir diese
1429 Grundwerte durch ein Gesetz schützen, welches die Nichteinhaltung dieser uns so wichtigen
1430 Werte bestraft. Denn ohne Werte keine Gemeinschaft.

1431 *Süddeutsche vom 31. August 2018*

1432

1433 **Grundwerte der Europäischen Union**

1434 Eine Gemeinschaft jedweder Art kann nur aufrechterhalten werden, wenn ein gegenseitiges
1435 Grundverständnis vorliegt, sodass man sich auf gemeinsame Regeln verständigen kann.

1436 Die Diskussionen um ein gegenseitiges, europäisches Grundverständnis reichen von
1437 sprachfamiliären Zusammenhängen, über künstlerisches Schaffen zu schlichtem
1438 wirtschaftlichem Pragmatismus. Doch all dies greift etwas zu kurz; Sprachfamilien sind zu
1439 regional, die Künste nicht universell ansprechend und wirtschaftliche Kooperation zu
1440 eindimensional und instabil.

1441 Diese Restriktionen verhindern eine gesamteuropäische Identifikationsmöglichkeit, es
1442 mangelt an tiefergreifenden Gemeinsamkeiten zwischen europäischen Völkern und Kulturen.

1443 Letztendlich basiert die Idee eines geeinten Europas und der Europäischen Union auf
1444 gemeinsamen, historisch gewachsenen Werten und Weltanschauungen, die im zweiten
1445 Artikel des Vertrages über die Europäische Union festgehalten sind.

1446 In diesem haben die Mitgliedsstaaten beschlossen, dass sich die Staatengesellschaft auf
1447 „*Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und [der] Gleichheit*
1448 *von Frauen und Männern*“ gründet und diese Union sich der „*Achtung der Menschenwürde,*
1449 *Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und [der] Wahrung der Menschenrechte*
1450 *einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören*“ verschreibt.

1451 („Vertrag über die Europäische Union“, Titel I, „Gemeinsame Bestimmungen“, Artikel 2)

1452

1453 In Zeiten, in denen einige Staaten, wie beispielsweise Polen oder Ungarn, diesen Werten
1454 zunehmend weniger Bedeutung beimessen, sollten die übrigen Mitgliedstaaten,
1455 insbesondere Deutschland, sich auf die ursprünglichen europäischen Werte zurückbesinnen
1456 und auf die Einhaltung dieser bestehen.

1457 Deutschland hat aufgrund seiner geographischen und kulturellen Rolle in der Geschichte
1458 Europas und seines historischen Erbes eine besondere Verantwortung für die Einhaltung
1459 und Durchsetzung besagter Werte. Ebenfalls hat Deutschland wegen seiner Funktion
1460 während der Entstehung und Entwicklung und seiner jetzigen wirtschaftlichen Stellung in der
1461 europäischen Einigung die Pflicht, eine tragende Rolle in ihrer Zukunft zu spielen.

1462

1463 **Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen, den Senat damit zu**
1464 **ersuchen, sich für Folgendes einzusetzen:**

1465

- 1466 • Die Konkretisierung und Quantisierung der in Artikel 2 (EUV, Titel I) festgehaltenen EU-
1467 Grundwerte, sodass Verstöße gegen ebenjene leichter festzustellen und schwieriger
1468 von Beklagtenseite abzustreiten sind
- 1469
- 1470 • Die Implementierung einer EU-Verfassung (wie dem VVE von 2004) zur Festigung
1471 einer rechtlichen Grundlage ebenjener Werte und der Hervorhebung ihrer Relevanz
1472
- 1473 • Die Vereinfachung der Ahndung von Verstößen; Insbesondere ist Artikel 7 (Absatz 2
1474 f.) hindernd
- 1475
- 1476 • Die generelle Aufrechterhaltung und Verbreitung der EU-Grundwerte (EUV, Titel I,
1477 Art. 2) im innereuropäischen Raum, beispielsweise durch die Förderung von
1478 interkulturellen Austauschprogrammen für junge Menschen innerhalb der EU. Eine
1479 Option wären verpflichtende Austausche während Schul- und Lehrzeit als fester
1480 Bestandteil des Lehrplans; der kulturelle Austausch sollte als sinnstiftend angesehen
1481 werden, auf dass die Jugendlichen sich als Europäer verstehen und ihre europäische
1482 Identität als integralen Teil ihrer Bildung, ihres Erbes und ihrer selbst verstehen.
- 1483

1484 Im Namen aller Beteiligten unseres Ausschusses bedanken wir uns für die Möglichkeit,
1485 unsere Ideen und Vorschläge vorstellen zu dürfen und hoffen, dass diese einen Beitrag zum
1486 gesamten politischen Geschehen beitragen können.

1487 Besonderen Dank sprechen wir Uwe Lohmann, Murat Gözay, Ewald Aukes, Christel
1488 Nicolaysen, Sören Schumacher, Dr. Alexander Wolf, Martin Dolzer, Dr. Tim Stoberock und
1489 Henrik Lesaar aus.

1490

1491 Gz. Europaausschuss